

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Donnerstag, 3. März 1927.

Nr. 52.

Bezugs-Bedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ké 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganjährlig . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
leitung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich (rüh)

## Einer, der sich nicht aufregt.

Die täglich wachsende Unruhe und Empörung der deutschen Bevölkerung über die Pläne der tschechisch-deutsch-slowakischen Bürgerkoalition, die auch auf große tschechische und slowakische Wählerschichten übergreifen hat, beginnt besonders den deutschen Regierungsparteien ernste Sorgen zu machen. Der Himmel hängt nicht mehr voller Geigen, seitdem Herr Svehla die deutschbürgerlichen Aktivisten vor aller Welt durch die Zumutung blamiert hat, das Volk an die Seite einer bisher nicht weniger als von Ruhm und vom Glanze der Unparteilichkeit umstrahlten Bürokratie zu legen, sondern auch an sich selbst das politische Kariki zu vollziehen. Auch der reduzierte Aktivistenverband kann heute schon an den Fingern auszählen, welches Schicksal seinen Eigentümern bereitet werden würde, wenn sie ihrem Herrn und Gebieter bei seinen Entschlüssen weiterhin blindlings Gefolgschaft leisten. Die einen versuchen die steigende Entrüstung durch Appelle an die Rücksicht der gepöppelten Wähler zu dämpfen, die anderen wiederholen, nach der Art indischer Gebetmühlen, die sagenhaften Erfolge des Aktivismus und ergehen sich in farbenreichen Schilderungen der herrlichen Zustände, welche die Bevölkerung der angeblich unermüdbaren Arbeit der Regierungsdeutschen zu danken hat.

Mit einer neuen Note versucht es der deutschagrarische Abgeordnete Windirsch. Er stellt sich naiv und fragt: Wozu die Aufregung? Sind dafür überhaupt Gründe vorhanden? Er gefällt sich in der Rolle des jungen Mädchens: „Mama, was ist das, ein Leutnant?“ In einem Artikel, den er gleichzeitig in der „Deutschen Landpost“ und — wo denn sonst! — in der deutschdemokratischen „Reichenberger Zeitung“ veröffentlicht, sucht er nach den Gründen der Aufregung, und siehe da, er findet keine. Er selber ist gar nicht aufgeregt, was man ihm, dem Mitschuldigen an den Taten der Bürgerregierung, übrigens auch gar nicht zugemutet hat. Um die Ergebnisse seiner Untersuchung zu stützen, sucht er von vorneherein jedwede Opposition gegen irgendwelche hochtrabende Regierungsakte als unaufrichtig und übertrieben hinzustellen. Wer den Parlamentarismus näher kenne — so besudelt Windirsch sein eigenes früheres Nest — der wisse, daß hier die Vertreter der oppositionellen Parteien „mit mindestens 95 Prozent Übertriebung arbeiten“ — was so nebenbei bemerkt — eine nachträgliche Abbitte an die frühere tschechische Koalition für das seinerzeitige oppositionelle Betragen der deutschen Landbändler bedeutet. Herr Windirsch bittet offenbar in dieser Form die tschechische Koalition wegen der verflochtenen landbändlerischen oppositionellen Sünden um Verzeihung, denn er stellt zumindestens seiner Partei das Zeugnis aus, daß ihre Opposition zu 95 Prozent übertrieben war. Und wenn nun die Regierungsdeutschen vom vollbeladenen Knödelstisch weggejagt, wieder in die Opposition gedrängt werden sollten, dann wird die künftige Regierungskoalition wissen, was sie von dieser Opposition zu halten hat, nämlich, daß sie zu 95 Prozent den von ihr angegriffenen Parteien Unrecht tut. Der Herr Abgeordnete Windirsch hat es ja selbst gesagt.

Windirsch, der Naive, will die Kritiker auch noch aus einem anderen Grunde nicht gelten lassen. Er findet, sie überjahren abschillich, daß die jetzige Parlamentsmehrheit den Wunsch der Wählerschaft zum Ausdruck bringt, die im November 1925 neben 177 bürgerlichen 123 sozialistische Vertreter in das Abgeordnetenhaus entsendet hat. Daraus folgert wohl das landbändlerische Lumen, die in der Minderheit gebliebenen Gruppen hätten lediglich die Aufgabe, respektvoll beiseitezustehen und ohne Aufregung schweigend alle Schändlichkeiten einer aus dem Zufalls-„ille“ der Wählerschaft hervorgegangenen Parlamentsmehrheit über die Bevölkerung ergehen zu lassen. Im übrigen wiederholt Windirsch nur eine alte aktivistische Lüge, wenn er

erzählt, die Wählerschaft hätte im November 1925 ihre Zustimmung zu dem jetzigen Verhalten der Landbändler, Christlichsozialen und Gewerbetreibender ausgesprochen. Die Frage: Aktivismus oder ein- andere Politik, hat im Wahlkampf eine verschwindend kleine Rolle gespielt: Die Parole, mit der die heutigen deutschen Regierungsparteien in die Wahlen zogen, war die deutsche einheitliche Kampffront, und viele Wähler entschieden für die Aktivisten, nicht etwa, weil sie vom Aktivismus begeistert waren oder von der Art seiner Geltendmachung richtige Vorstellungen hatten, sondern, weil sie auf den nationalen Einheitschwandel hineinfelen und dem Versprechen der aktivistischen Parteien, im Parlamente für die Herstellung der Einheitsfront zu wirken, Glauben schenken. Die Mehrheit der Wähler entschied allerdings für die bürgerlichen Parteien, aber Herr Windirsch möge sich doch nicht so einfältig stellen, dieses aus ganz anderen Voraussetzungen erlassene Votum der Wähler als Freibrief für alle seither verübten aktivistischen Schlichkeiten und Verirrungen anzusehen. Aktivistisch wählen, heißt doch nicht gutheißen, daß die Gewählten zu Leiblakaien Svehlas, zu Verteidigern fremdnationaler Unterdrückungspolitik werden. Hat auch nur einer der landbändlerischen Redner, nur einer ihrer Aufrufe den Wählern erzählt, was ihrer unter der tschechisch-deutschen Koalition wartet und wie diese Zusammenarbeit ausschauen wird? Aber wenn auch Herr Windirsch den aktivistischen Wählern sagen dürfte: Ihr ward so dummi, deutschbürgerlich zu wählen, jetzt müßt Ihr die Folgen tragen — wie kann er glauben, daß auch die anderen Wähler und Parteien die Auswirkungen dieses verhängnisvollen Wahlergebnisses demutsvoll tragen müssen, ohne sich gegen sie aufzulehnen und darauf zu verzichten, die hinteres Licht geführten Wählerschichten über ihre leider selbstwählern Rehger aufzuklären?

Aber auch jachlich kann Windirsch beim besten Willen keinen Grund zur Aufregung entdecken. Er ist vielmehr der Meinung, daß die von der Regierungsmehrheit geleistete Arbeit doch auch den Deutschen im Staate zugute komme, und die deutschen Aktivisten seien rastlos bestrebt, das unter den gegebenen Verhältnissen erreichbare Beste herauszuholen. Das mag dieser Windirsch in einem Augenblick zu sagen, wo sogar die nicht gerade zu politisch reifen Denken und Handeln erzogenen Anhänger der deutschen bürgerlichen Parteien gegen ihre Führer zu rebellieren beginnen, weil ihnen die Einsicht aufdämmert, daß der Polizeistaat, zu dem die Regierungsmehrheit die Republik zu machen im Begriffe steht, auch für sie zur Geißel werden kann. Da versteht man erst, wen Herr Windirsch beruhigen möchte, und wem er dringend anratet, sich doch nicht aufzuregen, da doch weit und breit kein Grund dafür zu entdecken ist. Kein Grund? Eindreiviertel Milliarden jährlich trägt den Agrariern der mittels der Lebensmittelzölle vollzogene Raub, für jeden Bissen, den der arme Mensch zum Munde führt, muß er Tribut an die Agrarier leisten, den er an seiner eigenen dürftigen Lebenshaltung abzuparen gezwungen ist — aber nur keine Aufregung! Herr Windirsch ist darüber auch nicht aufgeregt. Die Bürgerregierung will die Staatsbürger zu Ketten degradieren, will sie zu Hörigen einer allmächtigen Bürokratie machen, ihnen das Recht der Selbstverwaltung, das Wahlrecht nehmen und sie der geringen sozialen Errungenschaften berauben — aber nach Herrn Windirschs Meinung sollen sie ruhig bleiben! Sie sollen in Bescheidenheit sich fügen, auch wenn ihnen das Fell über die Ohren gezogen wird.

Wir fürchten, daß der agrarische Arbeiterfeind, als der Herr Windirsch gerne aufzutreten beliebt, mit seinen Veruhigungsversuchen kein Glück haben wird, denn der ideale deutsche Staatsbürger, wie ihn Herr Windirsch sich vorstellt — ohne Hirn, kritisch, willenlos und demütig, auch wenn ihn die Peitsche schlägt — ist doch noch nicht geboren.

## An alle Eisenbahnbediensteten!

Die Vertreter der gefertigten im Zentralvertrauensmännerrat beim Eisenbahnministerium vertretenen Eisenbahngewerkschaftsorganisationen traten am Mittwoch den 2. März l. J. zu einer Beratung über die Situation zusammen, die dadurch entstand, daß bis jetzt — neun Monate seit der Herausgabe des Gesetzes 103 — die Verhandlungen über die Dienstordnung für die Bediensteten der tschechoslowakischen Staatsbahnen nicht eröffnet wurden.

Diese nicht zu erklärende Verzögerung hat beim gesamten Eisenbahnpersonal heftige Aufregung hervorgerufen, die sich infolge der letzten Verfügungen des Eisenbahnministeriums (Erhöhung der Regiefahrpreise und an-

Jednota železničnick organizaci (Jednota zaměstnanců čsl. drah. — Spolek čsl. úřednickva žel.)

Verband der Eisenbahner.  
M. V. S. Sekce železničnick.

tes) sowie durch die Vorbereitungen weiterer Verbesserungen hinsichtlich der Rechte der Bediensteten zur direkt katastrophalen Spannung unter allen Bediensteten steigerte. Die Vertreter der gefertigten Organisationen, welche die Zusammenfassung von 150.000 organisierten Eisenbahnern darstellen, verhandelten über diese Situation, in welcher Verhandlung nach eingehender Debatte volles Einvernehmen über die Formen des gemeinschaftlichen Abwehrganges erzielt wurde.

Eisenbahnbedienstete! Richtet Euch genau nach den Weisungen der Gewerkschaftsorganisationen. Unbedingte Disziplin und organisiertes Vorgehen ist Bedingung des Sieges!

Akcni výbor (Unie žel. zaměstnanců. — Federace strojvůdců. — Spolek čsl. úředníků žel. s úplným střod. vzděl. — Liga).

## Gegen Kultur und öffentliche Fürsorge!

Ein Schlag gegen die Kinder der Proletarier.

Noch ist der Regierungsentwurf über die Neuordnung der politischen Verwaltung nicht Gesetz und die Behörden haben nach den bestehenden Gesetzen ihre Anordnungen zu treffen. Doch schon werden die politischen Bezirksverwaltungen mit Weisungen und Erlässen bestürmt, die den Geist der geplanten Verwaltungsreform atmen. Die Landesbehörden sorgen schon jetzt, obwohl das Gesetz noch gar nicht beschloss ist, — und in der vorliegenden Ausführung auch nicht beschloss werden kann, wenn die Regierungsparteien nicht von allen guten Geistern verlassen sind und die Bevölkerung sich energisch zur Wehr setzt, — daß die Macht der Bürokratie erhöht und die Staatsbürger zu Hörigen dieser Bürokratie gemacht werden.

Eine ganz unerhörte Tat hat sich der Präsident des böhm. Landesschulsausschusses mit einer Anordnung vom 19. Februar l. J., Zahl: 1 A-301 ai 1927—14877, geleistet. Er hat unter Berufung auf den § 126, Absatz 2, der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung den **Drtschulkräten von Auffsig und Schreckenstein den für die im Fortgang zurückgebliebenen Schüler eingerichteten Nachholunterricht verboten**. Der Präsident des Landesschulsausschusses, der darüber zu wachen hätte, daß die Schüler der Volks- und Bürgerschulen womöglich viel lernen, der jene Gemeinden, die die Mittel dazu beistellen, um den Kindern armer Eltern Nachholunterricht zu ermöglichen, unterstützen sollte, da doch der § 6 der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung selbst die Errichtung von Förderklassen vorsieht, verbietet diesen Nachholunterricht! Und um diese „Kultur-“ vollbringen zu können, muß er sogar eine Rechtsbeugung vornehmen, das heißt, er legt die Bestimmung des Reichsvolksschulgesetzes nach seinem Guldinken aus.

Der zweite Absatz des § 126 der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung vom 29. September 1905 bestimmt, daß den Lehrkräften die Erteilung des Nachstundenunterrichtes in der Schule an die Schulkinder und jedes schulmäßige Nebenunterrichtes gegen ein von ihnen zu entrichtendes Honorar unterlagt ist. Diese Bestimmung stützt sich auf den § 55, des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62, in dem festgesetzt ist, daß die Regelung des gesetzlichen Dienstverhältnisses der Lehrpersonen und die Art des Bezuges dieses Einkommens durch die Landesgesetzgebung zu erfolgen hat, wofür als Grundgesetz gilt, daß erstens die minimalen Bezüge, unter welche keine Schulgemeinde herabgehen darf, so bemessen sein sollen, daß Lehrer und Unterlehrer frei von hemmenden Nebengeschäften ihre ganze Kraft dem Berufe widmen und auch eine Familie, den örtlichen Verhältnissen gemäß, erhalten können; zwei-

ter) sowie durch die Vorbereitungen weiterer Verbesserungen hinsichtlich der Rechte der Bediensteten zur direkt katastrophalen Spannung unter allen Bediensteten steigerte. Die Vertreter der gefertigten Organisationen, welche die Zusammenfassung von 150.000 organisierten Eisenbahnern darstellen, verhandelten über diese Situation, in welcher Verhandlung nach eingehender Debatte volles Einvernehmen über die Formen des gemeinschaftlichen Abwehrganges erzielt wurde.

Es ist also ganz klar, daß die Bestimmungen des § 126, der definitiven Schul- und Unterrichtsordnung, den Lehrern nur einen schulmäßigen Nebenunterricht, Nachstundenunterricht in der Schule, für den sie sich von den Schulkindern bezahlen lassen, verbietet. Wer könnte daran denken, daß es den Lehrkräften etwa auf Grund dieser Bestimmungen verboten wäre, den Kindern wohlhabender Eltern in der Wohnung der Eltern Nachholunterricht gegen Entschädigung zu erteilen? Das will auch Herr Dr. Polster, der Präsident des böhmischen Landesschulsausschusses, weiterhin gestatten; er will nur nicht, daß die Kinder der Armen diesen Nachholunterricht auf Kosten der Gemeinde bekommen, und betrachtet es als eine Verlängerung der Unterrichtsstunden an Volksschulen, zu denen der Drtschulrat nicht berechtigt ist, wenn diesen Kindern dort der Nachholunterricht erteilt wird. Man kann sich an diesem beschämenden Verbot des ersten Mannes der Landesschulbehörde ein Beispiel dafür nehmen, wie es erst gemacht werden würde, wenn die obersten Bürokraten in den Ministerien und Landesämtern ihre Verfügungen und Anordnungen auf das geplante Gesetz über die Neuordnung der politischen Verwaltung stützen können.

Es wäre natürlich möglich, dieses Verbot zu umgehen, indem nicht der Drtschulrat, sondern die Gemeinde selbst diesen Nachholunterricht außerhalb der Schulräume einführt und leitet, aber wer die Verhältnisse kennt, der weiß doch, daß der Präsident des Landesschulsausschusses im Einvernehmen mit der Bürokratie des Landesschulsausschusses handelt und daß es dieser Landesausschuss künftig in der Hand haben wird, Beiträge für derartige Einrichtungen im Gemeindevoranschlag einfach zu streichen.

Das Verbot des Herrn Dr. Polster ist ungesetzlich und muß aufgehoben werden, wenn bei uns auch nur der Schein gewahrt werden soll, daß wir in einem Rechtsstaat leben. Der Auslandspreßdienst der tschechischen Regierung hat es sich bisher sehr viel Geld und Mühe kosten lassen um die tschechoslowakische Republik im Auslande als demokratischen Kulturstaat erscheinen zu lassen. Es wird eine wichtige Aufgabe aller Böcker sein, die diesen Staat bewohnen, die ungeheuren, jeder Kultur und Demokratie hohnsprechenden behördlichen Anordnungen und Entscheidungen zu sammeln und das Ausland über die wahren Verhältnisse aufzuklären. Und das wichtigste: Kampf gegen diesen Geist verfallener Bürokratie! Kampf gegen die Absichten der Regierung das Volk von jeder Mitverwaltung auszuschließen! —Jl.

# Inland.

## Gegen die Bajchawirtschaft des Zuckerkartells.

Genossin Kirpal beantragt ein Kartellgesetz.

In der gestrigen Sitzung des Handels- und Gewerbeausschusses wurde der Handelsvertrag mit Kanada ohne Debatte angenommen. Zur Verhandlung stand auch die Regierungsverordnung vom 16. Juni 1926 betreffend die Sicherstellung des einheimischen Bedarfs an Zuckerrüben in der Erzeugungsperiode 1925/26. Als sich Genossin Kirpal zum Worte meldete, versuchte Dr. Jadrina (tschech. Agrarier), auf den Vorstehenden einzuwirken, keine Debatte zuzulassen. Trotzdem ergriff Genossin Kirpal das Wort und erklärte, es sei bezeichnend, daß schon zum zweitenmal eine Debatte über die Zuckerfrage nicht zugelassen werden soll, da die Erörterung über diese Frage den Koalitionsparteien sehr unangenehm ist. Gen. Kirpal wies auf die unbegründete Erhöhung des Zuckerpriests hin, hielt dem zahlenmäßig die Millionenergebnisse der Zuckerrübenfabrikanten und des Staates gegenüber und zeigte auf, daß in Böhmen allein im Jahre 1926 die Zuckerversteuerung trotz verminderten Konsums um 25 Millionen mehr betrug, als im Jahre 1925. An der Erhöhung des Zuckerpriests ist die Regierung mitschuldig, denn auch bei freiem Handel würde die Regierung ihren Einfluß auf die Preisbildung wahrnehmen. Die Bajchawirtschaft des Zuckerkartells ist mächtiger als die Regierung. Damit die Kartelle nicht zu Diktatoren über das Wirtschaftsleben werden und nicht noch weitere Schäden herbeiführen, muß eine strenge Kontrolle der kapitalistischen Kartelle herbeigeführt werden. Gen. Kirpal stellte den Antrag: Die Regierung wird aufgefordert, dem Parlamente ebenfalls ein Kartellgesetz vorzulegen.

Es entspann sich hierauf eine sehr lebhafteste Debatte, an der sich die Opposition und auch die Majorität beteiligte; der Antrag wurde von den Mehrheitsparteien abgelehnt.

Die Petition über die

### Einführung der Sonntagsruhe

löste ebenfalls eine sehr erregte Debatte aus. Herr Dr. Jadrina konnte es sich nicht verjagen, den Sozialisten wieder ein aufs Zeug zu stellen. Genossin Kirpal geriet dabei mit Dr. Jadrina in einen ziemlich heftigen Wortwechsel; alle Argumente gegen die Einführung der Sonntagsruhe konnte sie glatt entkräften.

Der Referent stellte folgenden Antrag, der angenommen wird: Das Ministerium für soziale Fürsorge wird aufgefordert, ebenfalls eine Enquete einzuberufen, damit die Frage der Sonntagsruhe geregelt wird.

Hierauf werden noch einige Petitionen erledigt. Abg. Khyzyl (tschech. Gewerbe) wird wohl von der Koalition zur Rechenschaft gezogen werden, denn er verriet, daß das Wahlgesetz geändert werden solle, aber „nur“, damit der Paragraph über den Abstammungsnachweis verbessert werden kann. Diese plumpe Ausrede rief sowohl bei der Opposition, als auch bei der Mehrheit große Heiterkeit hervor.

## Streit um die Abgeordnetenimmunität.

### Änderung der Immunitätspraxis?

Die gestrige Sitzung des Immunitätsausschusses der Kammer war insofern interessant, als eine prinzipielle Debatte über die Immunitätspraxis abgeführt wurde. Der Kommunist Burian verlangte nämlich, daß bei jedem Immunitätsfalle dem Hause eine vollständige Darstellung des Strafgesetzes gegeben werden soll. Der tschechische Agrarier Danöhl hielt darauf eine sehr reaktionäre Rede, in der er u. a. behauptete, daß das Schutzgesetz die Immunität eingeschränkt hat und daß man bei der Beurteilung von Immunitätsfällen sehr vorsichtig vorgehen müsse.

# Einigung zwischen den Nordtruppen und den Kantonesen?

## Zwei unabhängige Regierungen für Nord- und Südchina. — Der Yangtse als Grenze.

London, 2. März. Die Entwicklung der Ereignisse in China beruht nach den eben eingetroffenen Meldungen zu der Hoffnung auf friedliche Beilegung der Konflikte zwischen den Kantonesen und dem Kommandanten des chinesischen Nordens, Tschangschin. Einige Nachrichten behaupten, Tschangschin habe in dieser Richtung sogar bereits halbamtliche Verhandlungen angeknüpft. Er fordere hauptsächlich, daß von der Leitung der chinesischen Angelegenheiten das bolschewistische Element möglichst vollkommen ausgeschlossen werde.

Die Grundlage für ein gegenseitiges Abkommen zwischen dem chinesischen Norden und Süden dürfte folgendermaßen aussehen: Der Yangtseflus würde die natürliche Grenze zwischen Nord- und Südchina bilden. Beide Regierungen wären von einander unabhängig. Gemeinsam wäre

bloß das Vorgehen in auswärtigen Angelegenheiten. Für die Verhandlungen mit den in China interessierten Mächten würde das Barhauser Abkommen zwischen dem kantonesischen Außenminister Tscheng und dem britischen Bevollmächtigten O'Malley als Muster gelten.

## Die englischen Truppen außerhalb des Shanghai Fremdenviertels.

London, 2. März. (AP) Staatssekretär für Äußerer Chamberlain erklärte heute im Unterhause, daß die britischen Truppen wegen der sehr heißen Lage in Shanghai die vordere Verteidigungslinie eingenommen haben, die sich teilweise jenseits der Grenze der britischen Konzeption befindet. Die Einnahme dieser Verteidigungslinien war von taktischen Notwendigkeiten diktiert.

## „Aufbesserung der Pensionen“.

Die „Deutsche Presse“, das Hauptblatt der Christlichsozialen, berichtet, daß es in der nächsten Zeit zu einer Aufbesserung der Pensionen kommen wird. Die geplante Besserung wird sich auf alle Ruhestandler und deren Hinterbliebene erstrecken, welche vor dem Jahre 1919 pensioniert wurden und die Erhöhung der Gehälter soll 20 Prozent der gegenwärtigen Bezüge betragen, was angeblich einen jährlichen Aufwand von rund 60 Millionen erfordert. Dazu wäre folgendes zu bemerken: Schon jahrelang beschäftigt sich das Parlament mit der traurigen Lage der Pensionisten. Insbesondere waren es die deutschen Sozialdemokraten, welche immer wieder die Gleichstellung der Alt- und Neupensionisten verlangten. Die Regierungsparteien haben aber niemals die Lage der Pensionisten großzügig geregelt, sondern haben sie immer auf die Zukunft vertröstet. Nun kann man die Pensionisten nicht mehr länger an der Nase herumziehen und muß daher irgend etwas machen. Die Christlichsozialen benötigen diese Gelegenheit nun, um die Pensionisten irrezuführen, denn es ist ganz ausgeschlossen, daß mit einem jährlichen Aufwand von 60 Millionen die Ruhe- und Versorgungsgehälter der Pensionisten um 20 Prozent erhöht werden könnten. Dazu wäre mindestens der dreifache Betrag notwendig. So wie die Christlichsozialen unlängst die Bevölkerung irreführten, daß sie behaupteten, im Motivenbericht zur Verwaltungsreform sei die verhältnismäßige Vertretung der Deutschen unter den ernannten Mitgliedern in Bezirk und Land vorgesehen, was ein bodenloser Schwindel ist, genau so ist es unklar, daß man mit 60 Millionen den Pensionisten die Bezüge um 20 Prozent aufbessern kann. Gerade die Christlichsozialen sind über die Anträge der deutschen Sozialdemokraten, die den Zweck hatten, das Los der Pensionisten zu verbessern, immer hinweggegangen. Sie haben im Sommer bei der Beratung des Gehaltgesetzes unseren Antrag auf Gleichstellung der Alt- und Neupensionisten niedergestimmt und sie haben ebenso bei der Budgetberatung gegen unsere Anträge die entscheidenden Beträge in das Budget einzustellen, votiert. Wenn sie sich jetzt als besondere Freunde der Pensionisten aufspielen, so verfolgen sie nur den Zweck, ihre alten Sünden zu verbergen.

Die tschechischen Merkanten für die Verwaltungsreform. Wie wir erfahren, fand unter dem Vorsitz des Vater Stramel am Montag in Brünn

dige Darstellung des Strafgesetzes gegeben werden soll. Der tschechische Agrarier Danöhl hielt darauf eine sehr reaktionäre Rede, in der er u. a. behauptete, daß das Schutzgesetz die Immunität eingeschränkt hat und daß man bei der Beurteilung von Immunitätsfällen sehr vorsichtig vorgehen müsse.

Genosse Taub wandte sich scharf gegen Dr. Danöhl; er verwies darauf, daß der Immunitätsausschuß sich um die Frage der Schuld oder Unschuld überhaupt nicht zu kümmern, sondern lediglich zu untersuchen habe, ob ein politisches Delikt vorliegt oder nicht. In dieser Hinsicht habe der Immunitätsausschuß wiederholt die nötige Objektivität vermissen lassen. Genosse Taub hob einen krassen Fall des Abgeordneten Krebs hervor, der wegen Beteiligung an einer „irredentistischen“ Organisation ausgeliefert wurde, während der Vizepräsident Zierhut, der der Regierungsmehrheit angehört, wegen des ganz identischen Tatbestandes nicht ausgeliefert wurde.

Genosse Taub erinnerte weiter an die Immunitätspraxis im alten Österreich und führte als Beispiel einen Fall des Abg. Schumajer an, in welchem Falle der Immunitätsausschuß es ablehnte, auf Grund einer bloßen Polizeirelation die Auslieferung zu beantragen.

In Zusammenhang mit dem Falle Krebs stellte dann Riedl (tsch. Nat. Soz.) den Antrag, beim Minister des Äußern anzufragen, ob der „Subetendeutsche Heimatbund“ eine irredentistische Organisation sei. Der Vorsitzende, der Nationaldemokrat Votruba, machte den Vorschlag, daß in den Einladungen des Ausschusses künftig in jedem Falle auch das Delikt, wegen dessen die Auslieferung verlangt wird, angeführt werden soll und daß im Einvernehmen mit dem Kammerpräsidenten Vorlesungen getroffen werden soll, daß bei politischen Delikten die Beschuldigten vorgeladen werden und Gelegenheit erhalten, in der Akt Einsicht zu nehmen. Der Ausschluß stimmte diesen Anregungen zu.

Sodann beschloß der Ausschuß in einer ganzen Reihe von Fällen, die Nichtauslieferung zu beantragen. Die Auslieferung wird nur beantragt im Falle des tschechischen Nationalsozialisten Sladky, der in die bekannte Kriegsangelegenheiten seiner Partei verwickelt ist und der selbst um seine Auslieferung angefleht hatte.

eine vertrauliche Tagung der tschechischen Merkanten statt, in der zu den vorbereiteten Vorlagen über die Verwaltungsreform, die Militärdienstverpflichtung, die Steuerreform und die Bauvorlage verhandelt wurde. Die Tagung beschloß, alle die geplanten Vorlagen zu genehmigen und die dazu gestellten Anträge beizubehalten, sicher nicht Änderungen in dem Sinne, daß eine Abschwächung dieser Schandvorlage Verwaltungsreform ebenso wie der anderen, erfolgen sollte. Es sollen im Gegenteil die Wünsche der Merkanten nach der Seite Berücksichtigung erfahren, daß die „Protektionsländer“ bei der in Aussicht genommenen Ernennungen nicht bevorzugt, sondern „Nachmänner“ herangezogen werden. Jedenfalls haben die Merkanten wieder ihre Attentate in dieser vertraulichen Tagung entsprechend vorbereitet und wird es Aufgabe der Arbeiterklasse sein, ihnen bei der Ausführung derselben streng auf die Finger zu legen.

Die Systemisierung der Beamtenstellen. Beim Ministerrat besteht bekanntlich eine Kommission, welche sich mit der Systemisierung im Staatsdienst nach dem neuen Staatsangehörigengesetz zu befassen hat. Wie nun die „Lidove Noviny“ berichten, hat diese Kommission bereits einen Antrag ausgearbeitet. Für die Zahl der systemisierten Stellen wurde der Stand des Jahres 1913 zur Grundlage genommen, der nur dem natürlichen Anwachs der Bevölkerungszahl in den einzelnen Städten angepaßt wurde. Für die Ministerien bildet der Vorkriegsstand der Ministerialbeamten die Grundlage. Die Stellen der Vorstände in der ersten Instanz werden in die vierte Gehaltsstufe systemisiert, die Abteilungsleiter in der zweiten Instanz werden in die dritte Gehaltsstufe, die leitenden Abteilungsbeamten in den Ministerien in die zweite Gehaltsstufe und die Sekrétaires in die erste Gehaltsstufe systemisiert. In der ersten Gehaltsstufe werden auch die Stellen der Präsidenten der Finanzlandesdirektionen, der Finanzprokuraturen und des Schiedsamt systemisiert. Für Gerichte wird eine besondere Systemisierung eingeführt. Am meisten werden die Beamten mit Mittelschulbildung geschädigt, deren Stellen in die siebente Gehaltsstufe, mit normaler Vorbildung in die sechste Gehaltsstufe systemisiert werden. Nur Amtsdirektoren und die Oberdirektoren der Hilfsämter werden in der fünften Gehaltsstufe sein. Die Systemisierung wird durch eine Regierungsverordnung ohne vorherige Verhandlung mit den Beamtenorganisationen durchgeführt werden.

Witkände bei Bergbauerschlagern. Im Bilsner Revier wurden im Jahre 1925 über 800 Bergarbeiter entlassen. Die meisten meldeten ihren Anspruch auf die Pension an. Bei der ärztlichen Untersuchung wurden aber 400 Bergarbeiter als noch arbeitsfähig anerkannt. Daraufhin klagte eine Reihe von Bergarbeitern beim Schiedsgericht, das aber infolge von Ueberfüllung von Arbeit und Mangel an Richtern die Angelegenheiten nicht erledigen kann. Bis zum 8. Februar 1927 wurden vor dem Schiedsgericht der Bruderlade 130 Streitfälle erledigt, wovon 75 zugunsten der Bergarbeiter entschieden wurden. Unerledigt liegen noch beim Schiedsgericht 305 Klagen. Wenn das Gericht so weiter arbeitet wie bisher, werden diese Klagen erst im Jahre 1928 erledigt sein. Aus diesem Grund intervenierten die Vertreter der Bergarbeiter beim Bilsner Kreisgericht sowie bei verschiedenen Ministerien in Prag, um die raschere Erledigung der für die Bergarbeiter hochwichtigen Angelegenheit zu betreiben.

Verbandsrat der Handels- und Transportarbeiter. Wie wir dem „Zeitrad“ entnehmen, findet am 5. und 6. Juli 1927 in Reichenberg der dritte ordentliche Verbandsrat der im Handels-, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeiter statt.

# Die Frieda.

## Novelle

von Fritz Bondy.

Dann aber trat ein Umstand ein, den man meist durch die Mehrzahl dieses Wortes umschreibt, wozu man noch häufig, aber vielleicht ein wenig gedankenlos die nähere Bezeichnung „geheuer“ hinzusetzt. Die Frieda war zwar bisher von dieser Segnung verschont geblieben, aber doch nicht mehr so lebensfroh, um nicht sehr wohl zu wissen, was das bedeutete.

Am dem Sonntag, der ihrer Entdeckung folgte, teilte sie Gustav Lembke mit, was bevorstand. Nicht errötend und leise flüsternd, wie dies die wohlgezogene, junge Bürgerfrau zu tun gelernt hat, wenn die Einkünfte des Gatten oder ihre Mitgift derartige süße Geheimnisse erlauben. Rein, die Frieda sah abends mit Herrn Lembke in dem Gasthaus, wo sie einander kennen gelernt hatten, und laute an einem barten Stück Fleisch für drei Milliarden, als sie mit sehr lauten Worten, wie dies einmal ihre Art war, ganz sachlich, den Tatbestand klar machte.

Herrn Lembke blieb tatsächlich der kostbare Bissen im Halse stecken. Er mußte längere Zeit husten und erst ein kräftiger Schluck von dem sehr dünnflüssigen Bier half ihm. — Rotwein hatte es seit jenem ersten Abend nicht mehr gegeben, er hatte ja damals seine Schuldigkeit getan und die Zeiten waren gar zu schlecht. — Herrn Lembke war es gelungen, seine Kehle der Luft wieder passierbar zu machen, aber die Worte wollten noch nicht recht heraus. Nur ein paar abgerissene „So so!“ und „ja aber!“ fanden den Weg. Er hatte auch sichtlich keinen rechten Appetit mehr, seine Augen blitzten ganz klein und verlegen zur Frieda hinüber und er kratzte sich mehrmals am

Hinterkopf, wo die Gefahr, sorgfältig redete Blößen zu enthüllen, noch geringer war.

Die Frieda wagte nicht, von ihrem Teller aufzusehen; sie war keine wohlgezogene junge Bürgerfrau und konnte darum auch nicht erwarten, daß der zukünftige Vater sie an die Mitgiftgefüllte Brusttafel zog, voll Stolz auf seine einzigartige Leistung. Die Frieda hatte keinerlei Begeisterung empfunden, als sie ihrer Sache sicher war, und wußte auch, daß bei Gustav Lembke ihre Mitteilungen keine Begeisterung erwecken konnten.

Sie kante schuldbehaftet an dem harten Stück Fleisch und sagte nichts. So verlief der Abend sehr still und gedrückt, und der Frieda war es ganz recht, als Herr Lembke gleich nach dem Essen unbedingt noch eine Vereinarbeitung mit einem Bekannten einhalten mußte. Er konnte die Frieda nicht einmal nach Hause begleiten. Bei dem hastigen Abschied aber sprach er doch einige lein-nah zusammenhängende Sätze wie „Man muß nicht gleich die Courage verlieren“ und „es wird sich schon alles einrenken“ und verglichen mehr, woraus die Frieda, als sie auf dem umgewandelten Küchenisch lag, mancherlei Trost und Hoffnung schöpfte.

### VII.

Von Herrn Gustav Lembke langte am Morgen des nächsten Sonntags eine lakonische Postkarte ein, die der Frieda mitteilen sollte, daß Herr Lembke verhindert wäre, zu kommen.

Sie starrte die zwei Zeilen längere Zeit an und verschiedene Zukunftspläne, die während der Woche aus den Worten „es wird sich schon alles einrenken“ bunt aufgelistet waren, verloren nicht wenig von ihrer Farbenpracht. Nur mühsam gelang es mit Hilfe der „vielen Grüße und Küsse“, die die Karte abschloffen, das Vertrauen auf die unveränderten Gefühle Gustav Lembkes wieder zu stärken.

Aber auch der zweite Sonntag brachte eine Abgabe. Diesmal wurde sie durch eine Reise nach Berlin motiviert.

Das leuchtete der Frieda ein. Gustav Lembke war ja eine Art Vertrauensmann der Fabrik; natürlich mußte er da manchmal nach Berlin. Das war auch ganz günstig, denn die Fabrik bezahlte ihm dritte Klasse Schnellzug und er reiste vierte Klasse Personenzug. Und die Zukunftspläne der Frieda waren bereits so ins Detail erwogen, daß sie für diese kleinen Nebeneinnahmen längst Verwendung wußte.

Doch aus Berlin kam gegen Ende der Woche ein ausführlicher Brief des Herrn Lembke. Darin stand, nach manchen allgemeinen Redensarten und Beteuerungen des besten Willens, nicht mehr und nicht weniger, als daß Herr Lembke seit fünfzehn Jahren verheiratet und Vater zweier kleiner Kinder wäre.

Herr Lembke gab zu, unrecht gehandelt zu haben. Zunächst habe er die Sache nur als vorübergehendes Abenteuer angesehen, dann aber sollte ihm das rechte Wort. Nun wäre er nach Berlin gefahren, um von seiner Frau die Einwilligung zur Scheidung zu erlangen, aber das wäre unmöglich und der Kinder wegen müsse er das einsehen. Aber trotzdem hänge er nur an der Frieda und wisse sehr wohl, was seine Pflicht sei.

Das alles schrieb er recht wohlgelesen und verständlich und man konnte wirklich seinen Worten glauben; auch die Frieda tat das schließlich; aber zuerst war sie doch noch stärker von Gustav Lembkes Mitteilungen berührt, als damals von der Erkenntnis, daß sie zehn Jahre umsonst gearbeitet hatte.

Was sollte nun werden? Sie wußte es nicht und, wenn sie schon normalerweise mit der Beantwortung dieser Frage Schwierigkeiten gehabt hätte, so war sie mit Herrn Lembkes Brief vor Augen zu nichts andern imstande, als die Arme auf den ingenieusen Küchen-

tisch zu legen, das Gesicht auf die Arme und zehn Minuten lang furchtbar zu weinen.

„Was hat denn das Mädchen,“ fragte Herr Kruse beim Abendessen seine Frau, „sie sieht ja ganz verheult aus.“

„Ach der Bräutigam ist drei Wochen nicht gekommen, das wird es sein.“

„Ich glaube, da ist noch was anderes nicht in Ordnung. Der Bräutigam wird wohl vorher etwas zu gründlich gekommen sein,“ meinte Herr Kruse, der in der Bank für sehr wichtig galt.

„Aber Maxi, immer denkst du gleich an sowas!“

„Wenn es stimmt, dann schied sie lieber rechtzeitig weg. Mit solchen Geschichten hat man nur Ungelegenheiten.“

### VIII.

„Nehmen Sie es mir weg,“ sagte die Frieda plöcklich.

Dr. Rasenad hob den Kopf von dem Blatt Papier, auf das er seine Notizen gemacht hatte, und sah die Frieda durch seine dicken Brillengläser streng an.

„Sie sind wohl verrückt.“

„Sie müssen es mir wegnehmen, Herr Doktor, es ist ja so ein Unglück.“

„Das konnte Ihnen passen,“ murmelte Dr. Rasenad, „das möchten alle...! Erst herum-puffieren, was nur Platz hat, und wenn es mal so weit ist, braucht man ja bloß zum Doktor, der wird einem schon helfen. Gar kein Grund! Sie sind eine stramme, gesunde Person, da geht alles wie geschmiert. Und, passen Sie auf, wenn mal das Kind da ist, heiratet er sie auch.“

„Das ist ja das Unglück!“ Der Frieda war das Reden niemals leicht, aber jetzt wollten die Buchstaben gar nicht mehr zusammen. Sie wusch zwei Tränen aus den Augen. „Er ist schon verheiratet.“

(Fortsetzung folgt.)

# Wahlkampf in Oesterreich.

Wien, 1. März.

In Oesterreich kommen Wahlen. In Oesterreich, dem Lande mit seiner wunderbar einfachen Scheidung der politischen Parteien, die zugleich die Scheidung der Klassenfronten ist, wo jeder Mensch entweder christlich-sozial oder sozialdemokratisch ist, entweder Besitzender oder Arbeitender, entweder schwarz oder rot — in Oesterreich wird es einen harten Wahlkampf geben.

Noch ist die gesetzliche Lebensdauer des gegenwärtigen österreichischen Nationalrates nicht abgelaufen. Aber das österreichische Parlament ist das einzige der Welt, das ganz souverän über sein eigenes Schicksal bestimmt, das sein Präsident und seine Regierung nach Hause schicken kann; und wenn die beiden großen Parteien sich über die Auflösung und den Termin der Neuwahlen geeinigt haben, ist der offizielle Auflösungsbeschluss nur eine Sache der Form. Noch liegt das Parlament und berät in langen, mühsamen Ausschusssitzungen und Parteierörterungen das große schwierige Werk der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter, das die Sozialdemokraten seit Jahren fordern. Aber es ist fraglich, ob ein Parlament in diesem vorgerückten Stadium seines Bestandes, ob ein Parlament mit einer bürgerlichen Mehrheit überhaupt dieses große Werk der Sozialversicherung bewerkstelligen kann.

Unterdessen werden die politischen Leidenschaften höher, das Zweiparteiensystem wird zum erweiterten Gegenfaher der in der Sozialdemokratie vereinigten Arbeiterklasse gegen die bürgerliche Einheitsfront, die unter der geistlichen Führung der katholischen Pfaffen und der materiellen der Großbanken, als Bündnis des Merkantilismus mit dem Kapital, alles, Bürger und Bauern, Unternehmer und Hausherren, Antisemiten und Juden, ehemalige Freisinnige und unentwegte Römlinge zur Verteidigung gegen die Arbeiter zusammenfasst.

Um was geht der Kampf? Die Parolen sind einfach wie das Leben und die Sorgen in einem kleinen Lande. Die Regierung will die Lebensmittelpreise erhöhen, um die Bauern zu zügel; die Sozialdemokraten wollen dem Volke billiges Brot und billiges Wehl beschaftern. Die Regierung will den Mieterschutz abbauen, um den Hausherren zu gefallen; die Sozialdemokraten wollen dem Volk das geschützte Obdach, die billige Miete erhalten. Die Regierung will die von den Sozialdemokraten namentlich in Wien begonnene Schulreform, die das Bildungsprivileg der Bourgeoisie brechen, den Kindern des Volkes die Einheitschule bringen soll, abbrennen, um es den Pfaffen recht zu tun; was brauchen arme Kinder gute Bildung? Die Sozialdemokraten wollen den Kindern des Volkes die neue, die freie Schule erlangen.

Auf der anderen Seite stürmt der Haß des Bürgertums wildschäumend gegen das sozialdemokratische Wien. Wie, inmitten des bürgerlich regierten Staates eine Millionenstadt, die größte der Welt, die die Arbeiter beherrschen? Wie, inmitten der kapitalistischen Umwelt ein Arbeiter, vielfach ungenügend, aber doch ein Versuch, ein großes Gemeinwesen nach sozialen Grundsätzen zu verwirklichen? Wie, Steuern auf Besitz und Luxus, um Häuser für Arbeiter, Väter in Proletenquartieren, Heilstätten für tuberkulöse Kinder zu bauen? In der Tat: das große Wohnbauprogramm der sozialdemokratischen Gemeinde — 25.000 Wohnungen in fünf Jahren — ist derart durchgeführt worden, daß es dreißigtausend schon in vier Jahren sein werden. Die letzte Tat der roten Gemeinde ist die Ankündigung, daß jede werdende Mutter von der Gemeinde die Säuglingswäsche für ihr Kind kostenlos ins Haus gestellt erhält; kein Wiener Kind in dem sozialdemokratisch verwalteten Wien soll mehr auf Lumpen geboren werden. Wundert ihr euch, daß die Seele des Bürgers von Haß gegen die Verbehrer solcher Wirken überflutet? Daß die Rehle des Bürgers sich heiser grölt vor Wut über die „Breimerseuerer“? Ein Wort ist gefallen in diesen vorbereitenden Gesechten, ein infames Wort, das im Begriff steht, zum Schlachtruf des gesamten Wahlkampfes zu werden: eine bürgerliche Zeitung, das Sprachrohr der Börsenbourgeoisie, nannte das soziale Wirken der Gemeinde Wien mit einem Begriff, der der Börsenwelt am nächsten liegt: — „Fürsorgeinflation“.

Wir werden es ihnen heimzahlen, dieses Wort. Ihnen, die an der Inflation, die uns verelendet, ihre Hände und ihre Sätze gefüllt haben und die uns nun beschimpfen, weil eine Verwaltung, für die Körper und Geist des arbeitenden Menschen etwas gelten, das Elend des kapitalistischen Krieges und der kapitalistischen Nachkriegsjahre durch Fürsorge lindern will.

Denn Elend gibt es genug in diesem Lande, trotz aller Fürsorge. Die Arbeitslosigkeit ist entsetzlich groß, und tiefe Mißstimmung, Erregung und Erbitterung gehen durch alle Schichten der Bevölkerung. Schären die Leidenschaften und verzerren die Köpfe. Ausdrücke, wie der blutige Zwischenfall von Schattendorf, wo ein Kriegsinvalider und ein Kind den Schüssen zum Opfer fielen, die eine fanatisierte Bande von christlichsozialen „Frontkämpfern“ auf eine sozialdemokratische Demonstration abgegeben hat, sind Symptome für die Gärung, die als Unterdrückung des alltäglichen und auch des politischen Lebens mit einherläuft. Daß dabei die Gewehre am leichtesten im Burgenland losgehen — Schattendorf liegt wenig hundert Schritte von der ungarischen

Grenze — hat seinen besonderen Grund in der Unruhe, die dort in den Grenzbezirken herrscht und stets von neuem über die Grenze herüber schlägt, seitdem Ungarn seinen Kurs offen und geheim, mit diplomatischen Intrigen und militärischen Rüstungen, vollkommen auf die Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie eingestellt hat.

Hier aber liegt nicht nur eine äußere Verknüpfung der Parteikämpfe in Oesterreich, in denen es auch um die Sicherheit der Republik geht, mit den Vorgängen der internationalen Politik; hier liegt auch ein tieferes Motiv dieser Parteikämpfe selbst. Die österreichische Bourgeoisie blickt hinüber nach Ungarn; dort sind die Arbeiter vollends geknebelt und die feudalen Königs-macher gehen daran, die Geschicke hinter den Weltkrieg zurückzuschrauben. Sie blickt nach Italien; dort zertritt der blutige Stiefel des Faschismus die letzten Reste der Arbeiterbewegung, der Freiheit, der Menschewürde. Sie blickt nach der Tschechoslowakei; dort haben sich tschechische und deutsche Bourgeoisie geeinigt und regieren das Land hinter das alte Oesterreich zurück. Sie blickt nach Deutschland; dort sitzt der Bürgerblock im Sattel und regiert die Republik, die die Arbeiter schufen, als Bourgeoisrepublik gegen die Arbeiterschaft. So sieht sich die österreichische Bourgeoisie an allen Grenzen des Landes von Staaten umgeben, in denen die Arbeiterklasse ohnmächtig oder zumindest zurückgedrängt ist; und gerade in Oesterreich soll die Sozialdemokratie un-

bestimmlich sein? Und gerade in Oesterreich froht das rote Wiener Raubtier? Der Blick ins Ausland macht die österreichische Bourgeoisie, die sich kaum notdürftig von dem Schmutz ihrer mannigfachen Korruptions- und Skandalaffären gereinigt hat, so frech. Und der Blick ins Ausland, auf die ungedrohte Macht der österreichischen Arbeiterklasse, macht sie dann so wütend.

Es ist alles einfach an diesem Kampfe, klein und doch groß. Es geht um Pöste und Mieterschutz, um Schule und Sozialversicherung, das heißt um Brot und Wohnung, um unsere Alten und um unsere Kinder. Und es geht darum, ob die Bourgeoisie noch einmal, zum letzten Mal, die stolz und stark gewordene Arbeiterklasse brechen, sie in die Schranken der kapitalistischen Ordnung zurückweisen soll, oder ob schon einmal, zum ersten Male, die Arbeiterklasse dem Bürgertum beweisen wird, daß sie sich nicht mehr zurückweisen läßt. Der Wahlkampf in Oesterreich ist letzten Endes einfach wie das Dichtervort:

Was wir begehren von der Zukunft fernher? Daß Brot und Arbeit uns gerettet sein, Daß unsre Kinder in der Schule lernen Und unsere Greise nicht mehr betteln gehn . . .

. . . Nur, daß es die österreichischen Arbeiter nicht erst von der Zukunft fernher begehren, sondern sich's heute holen wollen, mit harter Hand und entschlossenem Willen. O. P.

## Das Wiener Arsenal von Polizei und Militär besetzt.

### Pioniere suchen nach Waffen. — Eine Köpenickade der Regierung?

Wien, 2. März. (Eigenbericht.) Heute nachmittags erschien im Arsenal auf fünf Lastautos eine starke Pionierpatrouille, in Begleitung einer Abteilung der Wehrmacht mit Stahlhelmen und scharfer Munition. Die Pioniere ertrugen eine Mauer zum Magazinsraum. Inzwischen waren etwa 500 Mann der Wehrmacht anmarschiert, die gemeinsam mit einem riesigen Wachaufgebot das ganze Arsenal zernierten und Zivilpersonen das Betreten und Verlassen des Areals verboten. Zugleich wurde die Garnison Wien alarmiert. Das Arsenal ist zur Stunde von großen Abteilungen der Wehrmacht und von Sicherheitswache besetzt.

Wie wir erfahren, ist der Besetzung des Are-

nals, das im Eigentum der „Gemeinwirtschaftlichen Anstalten, Oesterreichische Werke“ steht, eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorausgegangen. Die Polizei hat offenbar aus eigenem Antriebe oder auf Weisung der Regierung militärische Assistenzen angefordert, obwohl nach der Verfassung nur der Landeshauptmann, also der Bürgermeister von Wien, zur Anforderung von Militärassistenzen berechtigt ist.

Es ist bis jetzt unbekannt, was die Regierung im Arsenal eigentlich plant. Bisher hat das Militär nur hölzerne Gewehrschäfte abtransportiert, die ebenso wie die Gebäude der Siedlungs-Pausch-Anstalt zur treuhändigen Verwertung übergeben wurden.

## Die Mörder von Schattendorf sollen reingewaschen werden.

### Verhaftung dreier sozialdemokratischer Schutzbündler wegen „Erpressung“.

Wien, 2. März. (Eigenbericht.) Heute wurden in Schattendorf drei Mitglieder des republikanischen Schutzbundes im Auftrage der Wiener Staatsanwaltschaft aus ihren Wohnungen wegverhaftet und an das Wiener Landesgericht abtransportiert. Das geschah angeblich unter dem Verdacht der Teilnahme an einer Erpressung, welche die Schattendorfer Schutzbündler an dem Busbahnhof von Schattendorf die Frontkämpfer am Einmarsch in den Ort verhindern wollten. Dabei war es beabsichtigt zu einem Zusammenstoß gekommen, der aber ziemlich harmlos verlief und mit einer Vereinbarung endete, wonach die Frontkämpfer unbehelligt abzogen.

Die Verhaftungen erfolgten unter Umgehung der burgenländischen Landesgenarmarie über direkten Auftrag von Wien. Ein Grund zur Verhaftung liegt nicht vor, da ein Tötungsversuch nicht besteht und die Ereignisse auch schon vier Wochen zurückliegen. Von 120 Schutzbündlern, die an jenen Vorfällen beteiligt waren, wurden drei ganz willkürlich herausgegriffen; offensichtlich handelt es sich um einen Liebesdienst Seipels an die Frontkämpfer, um die öffentliche Aufmerksamkeit

von der Schattendorfer Mordaffäre auf eine angebliche Erpressungsaffäre abzulenken.

## Die Wähler sollen entscheiden.

### Der sozialdemokratische Verband zur Altersversicherung.

Wien, 2. März. (Eigenbericht.) Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hat sich heute mit den Vätern der Regierung, die auf eine Verhinderung der Altersversicherung hinauslaufen, beschäftigt und hat erklärt, daß er den Vorschlag der Regierung, das Inkrafttreten der Altersversicherung an unerfüllbare Bedingungen zu knüpfen, bedingungslos ablehnt. Da eine Verständigung mit der Regierung kaum möglich ist, schlägt der Verband vor, das Gesez zwar noch vor den Neuwahlen fertigzustellen, die Bestimmung des Zeitpunktes des Inkrafttretens aber dem neuen Parlament zu überlassen, so daß es Sache der Wähler sein wird, darüber zu entscheiden, ob die Altersversicherung sofort in Kraft treten oder weiter verschleppt werden soll. Bezüglich der älter als 60jährigen Arbeitslosen fordert der Verband, daß ihnen dauernde Renten zu geben sind, die aber nicht niedriger sein dürfen als die Arbeitslosenunterstützung. Der Verband wird sich mit aller Kraft dagegen wehren, daß das Gesez zu einem Betrug an der Arbeiterschaft wird.

## Bethlen — Mussolini.

Die Zusammenkunft noch im März verabredet.

Rom, 2. März. Die Zusammenkunft Mussolinis und des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen ist bereits definitiv festgesetzt worden und wird nach Beendigung der Märztagung des Völkerbundes noch in diesem Monat stattfinden.

## Deutsch-rumänische Verhandlungen.

Berlin, 2. März. Wie den Blättern von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, haben zwecks Bereinigung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien ernsthafte Vorverhandlungen zwischen zwei Vertrauenspersonen stattgefunden, in denen die alten Streitpunkte und besondere Wünsche Rumaniens erörtert wurden. Die Ergebnisse dieser Vorverhandlungen liegen den beiden Regierungen zur Zustimmung vor.

## Spionerie.

### Zahlreiche Verhaftungen in Polen.

Warschau, 2. März. (Tsch. B. B.) Die polnische Polizei hat hier eine große, zugunsten Sowjetrußlands arbeitende Spionagebande aufgedeckt. An ihrer Spitze steht ein ehemaliger Generalstabsoffizier der zaristischen Armee, Daniel Witschenko, der unter dem Vorwande, Holzgeschäfte zu betreiben, teilweise auch in Verkleidung, das ganze Land bereiste, wo er mit zahlreichen Unter-

agenten Führung unterhielt. Bei einem Mitgliede der Bande fand man ein Paket mit Landkarten, Lichtbildern von Panzerwagen, Eisenbahnwaggonen, Flugplänen und von verschiedenen Flugzeugtypen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

## Berhöre in Budapest.

Budapest, 2. März. (MTZ.) Die Polizeifortspionenz meldet: Die politische Recherchierungsabteilung der Oberstadthauptmannschaft hat heute die Erhebungen in Angelegenheit der kommunistischen Organisationsstärke, sowohl in Budapest, als auch in der Provinz abgeschlossen und unterzieht nun in erster Reihe die Führer der Bewegung einem Berhöre. Szanto weigert sich jedoch, seine Komplizen namhaft zu machen. Nagy ist entgegen seinem früheren Verhalten gesondigt. Während der Berhöre dürfte die Polizei vorläufig keine weiteren Mitteilungen veröffentlichen.

## Lohnerhöhungen im deutschen Buchdruckergerwerbe.

Berlin, 2. März. (Eigenbericht.) In der Lohnbewegung im deutschen Buchdruckergerwerbe ist jetzt ein Schiedsspruch gefällt worden, der die Spitzenlöhne ab 1. April um 3.50 Mark und vom 1. Oktober um eine weitere Mark erhöht. Die Gehilfen hatten eine Erhöhung von 8 Mark gefordert. Trotzdem also ihre Forderungen nur zum Teil erfüllt sind, hat doch die Gehilfenvertretung dem

## Unsere Verlammlungsaktion.

Zur teilweisen Ergänzung der gestern veröffentlichten Uebersicht über unsere Protestverlammlungsaktion in der ganzen Republik gegen die geplante Verwaltungsreform verzeichnen wir folgende Aufzählungen:

- Kuffia: Sonntag, den 6. März, vormittags 9 Uhr im Volkshaus, Redner Senator Genosse Seitel und Abg. Genossin Kirpal.
- Müglitz: Sonntag, den 5. März, Redner Abg. Genosse Hadenberg.
- Kömerstadt: Sonntag, den 6. März, Senator Genosse Polach.
- Deutsch-Weslau: Sonntag, den 6. März, Abg. Genosse Hadenberg.
- Sternberg: Montag, den 7. März, Senator Genosse Polach.
- Hollnau (Bezirk Gaida): Sonntag, den 5. März.
- Kodowig: Sonntag, den 6. März.
- Schaiba: Sonntag, den 6. März.
- Langenau: Sonntag, den 6. März.
- Gaida: Montag, den 7. März.
- Arnoborf: Montag, den 7. März.
- Mürgstein: Montag, den 7. März.
- Wottendorf: Sonntag, den 5. März.
- Kottowig: Sonntag, den 5. März.

## Eine riesige Massenversammlung in Landstern.

Montag, den 28. Feber fand in Landstern eine von unserer Partei einberufene Protestversammlung statt, die massenhaft besucht war. Der Saal des Arbeiterheimes war zum besten voll. Es mündeten die Türen in den anschließenden Speisesaal geöffnet werden, in welchem noch die Teilnehmer Kopf an Kopf gedrängt standen. Das vom Genossen Schloßnikel erstattete Referat wurde von stürmischen Zustimmungsrufen unterbrochen. Am Schluß feste wieder ein wahrer Beifallsturm ein. Die Resolution gegen die Verwaltungsreform wurde einstimmig angenommen.

In Brog fand Dienstag, den 1. März, im Gewerkschaftshaus am Perstnu eine Protestversammlung der deutschen Sozialdemokraten statt, in der Genosse Dr. Wiener ein sachlich-instruktives Referat erstattete.

Schiedsspruch unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage zugestimmt.

Bemerkenswert ist folgende Stelle in der Entscheidung des Reichsschiedsamtes: „Es ist in den Löhnen die Grenze erreicht, die gerade noch tragbar ist, während eine weitere Verschlechterung nicht mehr tragbar wäre.“ Damit ist anerkannt worden, daß die Arbeiterlöhne, zu deren besten die der Buchdrucker gehören, einer Aufbesserung dringend bedürfen.

## Gegen die Erhöhung der Wohnungsmiete in Deutschland.

Berlin, 2. März. (Eigenbericht.) Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die von der Reichsregierung angeordnete Erhöhung der Wohnungsmiete erfährt jetzt eine Unterstützung durch den Vorstand des deutschen Städtebundes. Dieser hat einen Beschluß gefaßt, in dem die Schaffung von jährlich 250.000—275.000 Kleinwohnungen verlangt wird, wodurch die Wohnungsnot in spätestens fünf Jahren beseitigt werden könnte. Die Baukosten für Neubauten müßten unter den allgemeinen Lebenshaltungskosten gesenkt werden; die Heraushebung der Mieten in den alten Wohnungen dürfte nur mit der größten Vorsicht erfolgen. Da der kapitalistische Markt in abschauer Zeit die für den Wohnungsbau erforderlichen Mittel nicht aufbringen kann, müßten sie von Staats wegen bereitgestellt werden.

Diese Forderungen entsprechen im allgemeinen dem Standpunkt der Sozialdemokratie, wogegen die Regierung die Wohnungsmiete ab 1. April um 10 Prozent und am 1. Oktober um weitere 10 Prozent erhöhen will, ohne zu saen, was mit den erhöhten Beträgen geschehen soll. Man muß befürchten, daß sie zum Teil den Hausbesitzern zufallen, zum andern Teil für fiskalische Zwecke verwendet werden, ohne daß sie für Wohnungsneubauten Verwendung finden.

## Ein Abgeordneter als Spiegel.

Warschau, 2. März. Der parlamentarische Gerichtshof, der vom Zejmorski Rataj zur Untersuchung der gegen den Abgeordneten Wosjewodski erhobenen Beschuldigungen eingesetzt wurde, wonach der Abgeordnete die Funktionen eines bezahlten Polizeikonfidenten ausübt hat und in dieser Eigenschaft seine parlamentarischen Kollegen bei der politischen Polizei benutzte, hat die Untersuchung gegen Wosjewodski beendet.

Der Gerichtshof ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß man Wosjewodski nicht nachweisen könne, daß er als Abgeordneter die Funktion eines bezahlten Polizeikonfidenten ausübt. Todegen stellte der Gerichtshof fest, daß der Abgeordnete bis Jänner 1921 ein Vertrauensmann der sogenannten „zweiten Abteilung“ des polnischen Generalstabes gewesen war, in welcher Eigenschaft er über die Tätigkeit der Mitglieder des wehrkräftigen parlamentarischen Klubs referierte. Die hierfür empfangenen Geldbeträge verwendete Wosjewodski teilweise zur Finanzierung der Wahlen in den Estmarken, als er in den Zejm kandidierte.



Ein Familiendrama in Reichenberg. Der 30 Jahre alte beim Postamt in Reichenberg angestellte Ernst Scholze, der mit seiner Frau Auguste in Zwistigkeiten lebte, feierte Dienstag abends gegen seine Gattin und seine Schwägerin, Marie Möller, Revolvererschüsse ab und erschoss sich dann selbst. Mittwoch sollte die Ehecheidungsverhandlung stattfinden. Die beiden Frauen wurden in schwer verletztem Zustande ins Reichenberger Krankenhaus überführt.

Eingefrorene Schiffe. Im Nordostteil der Ostsee herrschte in den letzten Tagen bei schweren Stürmen ein so starker Frost, daß im Rigaischen Meerbusen eine große Anzahl von Dampfern vom Eise eingeschlossen wurde. Da bei mehreren Dampfern Kohlen- und Lebensmittelmangel aufgetreten ist, beabsichtigt die lettlandische Regierung durch mehrere Militärflugzeuge die Schiffe verproviantieren zu lassen.

Der Einfluss der Sonne auf plötzliches Sterben. In der Pariser Akademie für ärztliche Wissenschaften hielt Dienstag Dr. Faure einen Vortrag über den Zusammenhang zwischen den Sonnenstrahlen und dem plötzlichen Tode an chronischen Leiden kranker Personen. Auf Grund statistischer Daten zog er die Schlussfolgerung, daß an den Tagen, an welchen sich Sonnenflecken in großem Maße zeigen, die Zahl der plötzlichen Todesfälle doppelt so groß ist, als an den Tagen ohne Sonnenflecken. Diese Erscheinung erklärt sich damit, daß das Auftreten großer Sonnenflecken bis zu einem gewissen Maße das Gleichgewicht der regulären körperlichen Organe untergräbt und in einigen Fällen auch den Tod herbeiführen kann. Andererseits hat aber bei einigen Personen diese vorübergehende Schwächung keine schweren Folgen und im Gegenteil sogar einen wohligen Einfluss ausübt.

Die Deutsche Staatsprüfungskommission für das Lehramt der Musik in Prag teilt mit: Die nächsten Prüfungen finden vom 20. April 1927 an im Gebäude der Musikakademie in Prag II., Stadislavgasse 28, statt. Christliche, vorchristlich-gestempelte Gesänge und Psalmen (Heimatschein, Wohlverhalten) und letzte Schulzeugnisse sind bis längstens 19. März l. J. auf den vorgeschriebenen Einreichungsformularen unter obiger Adresse einzuwenden. Einreichungsformulare sind gegen vorherige Einzahlung von 20 K in Briefmarken (für Porto, Druckladen, Stempel usw.) im Sekretariate erhältlich. Vorschriften sind bei der Musikakademie Hoffmanns Witwe, Prag I., Kleine Karlsasse 20, gegen Einzahlung von 2.20 K zu haben. Die Prüfungsaufgaben für eine Vollprüfung betragen 200 K, für eine Teilprüfung 100 K.

Wie zur Zeit des Sklavenhandels. Wie ein Kapitel aus „Ansel Tomis Hüte“ hört sich heute, mehr als sechzig Jahre nach dem Bürgerkrieg, der den ehemaligen Sklaven die Freiheit bringen sollte, ein in New Orleans in Südamerika lebender vor dem Großgeschworenen stehender Prozeß gegen Webb Bellue und seinen Freund und Spiegelbild John D. Alford an, beide aus dem Staate Mississippi gebürtig. Die Beweisführung zeigt, daß die beiden im August vergangenen Jahres sich zu Crawford Allen, einem 57jährigen Neger, der zu jener Zeit in seiner baufälligen Hütte krank zu Bette lag, begaben und nach seiner Tochter suchten. Als sie diese nicht fanden, zwangen sie Allen sowie dessen Frau und drei Kinder, die alle unter zwölf Jahren waren, mit ihnen nach Unter (Südamerika) zu kommen, wo sie die ganze Familie für 20 Dollar an einen dortigen Farmer mit Namen F. Durk verkauften. Auf Durks Farm wurden die fünf gezwungen, ohne jeden Lohn zu arbeiten, und als sie sich zur Wehr setzten, wurden sie unter Bedrohung mit Schußwaffen wieder auf das Feld zurückgetrieben. Schließlich wurden jedoch Beamte der Bundespolizei auf die ganze Angelegenheit aufmerksam und den Kerlen wurde der Prozeß gemacht.

28 Jahre Zuchthaus für Zuchtschieber. Ein gewaltiger Schieberprozeß gegen 28 Kaufleute, Angestellte und Zollbeamte, die sich während acht Wochen vor einem Hamburger Schöffengericht unter der Anklage der Steuerhinterziehung, der aktiven und passiven Beamtenschädigung, der Urkundenfälschung zu verantworten hatten, fand am Dienstag seinen Abschluß durch die Urteilsverkündung. Nur drei Angeklagte: Hof, Rude und Rod wurden freigesprochen. In der Mehrzahl der Fälle wurde auf Zuchthaus von 5 Jahren bis 13 Monaten erkannt, in den leichteren Fällen auf Gefängnis von 6 bis 1 Monat. Außerdem wurden große Geldstrafen, die bei zwei Angeklagten je über 4 Millionen Mark ausmachten, verhängt und auf Wertersatz erkannt. Insgesamt wurden 28 Jahre, 8 Monate Zuchthaus, 13 Monate Gefängnis, 40 Jahre Ehrverlust und Geldstrafen im Betrage von über 18 Millionen Mark ausgesprochen. Der zu erhebende Wert beläuft sich auf 11 1/2 Millionen. Der Hauptangeklagte Walter Heuser, 15mal vorbestraft, darunter mit 5 Jahren Zuchthaus, erhielt 5 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und 4.4 Millionen Geldstrafe, bzw. 16 Monate Zuchthaus, sein Helferhelfer Emil Heider 3 Jahre Zuchthaus, fünf Jahre Ehrverlust und 4 Millionen Mark Geldstrafe, bzw. weitere 12 Monate Zuchthaus. Die beiden hatten über 1800 Zsd Zucker vom Hamburger Freihafen in das Zollland geschmuggelt, bei über 50.000 Zsd die Zuckerversteuer und bei 277 Zsd Kaffeezucker und 89 Zsd Kaffee die Eingangszölle hinterzogen. Trotz aller „sanftmännischen“ Begabung waren ihnen jedoch solche umfangreiche Schmuggelaktionen nie geglückt, wenn nicht zöhlreiche Zollbeamte, meist frühere Offiziere, sie weitgehend unterstützt hätten.

Das Münchener Eisenbahnunglück vor Gericht. Wegen des folgenschweren Eisenbahnunglücks, das sich am Pfingstmontag letzten Jahres bei der Einfahrt in den Münchener Südbahnhof ereignete, hat sich nunmehr der 57jährige Lokomotivführer Aubele aus Rosenheim vor dem Schöffengericht München wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung und fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes zu verantworten. Aubele führte damals den mit etwa halbstündiger Verspätung einlaufenden Personenzug 814 von Berchtesgaden nach Salzburg, der nahezu in voller Fahrt auf den vor dem Bahnhof gestellten und eben wieder anlaufenden Personenzug 820 aus Ruffstein aufstieß. Da beide Züge mit Pfingstausflüglern überfüllt waren, fanden 28 Personen den Tod, 274 wurden zum Teil schwer verletzt. Die Verhandlung wird etwa vier Tage in Anspruch nehmen. Die Anklageurkunde erkennt an, daß Aubele ein bewährter Beamter mit 30 Jahren Dienstzeit ist. Sie legt ihm zur Last, das letzte Blocksignal vor dem Bahnhof München-Ost überfahren und dadurch das Unglück verursacht zu haben. Dieses Signal war bis zehn Tage vor dem Unglück während der Wintermonate außer Betrieb gesetzt. Von der Wiederinbetriebnahme des Blocksignals soll Aubele allerdings unterrichtet gewesen sein. Der Lokomotivführer und sein Heizer behaupten, daß das Blocksignal und sein Vorgesinal auf Fahrt gestanden hätten. Zur Verhandlung sind 42 Zeugen geladen, zum Teil Eisenbahnbeamte, zum Teil Reisende der beiden Züge. Die Verhandlung wird sich in der Hauptsache um die Frage der Signalstellung drehen.

Raubüberfälle in Berlin und Dortmund. Ein schwerer Raubüberfall wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag im Schlosspark in Berlin-Niederhohenschulzen verübt. Die 22 Jahre alte Stenotypistin Brünig von der Schlossgärtnerei in Niederhohenschulzen wurde auf dem Heimwege von einem Mann, der sich im Gebüsch des Schlossparks verborgen gehalten hatte, hinterwärts überfallen und durch Schläge auf den Kopf mit einem Stein betäubt. Daraufhin entriß der Räuber dem Opfer die Aktentasche, in der sich auch die Handtasche mit dem Monatsgehalt befand. Das Mädchen wurde bald darauf aufgefunden und in die elterliche Wohnung gebracht. Ihre Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Durch einen Spürhund fand die Polizei Aktentasche und geplünderte Handtasche unweit des Tatortes. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

Ein verwegener Raubüberfall wurde am Dienstag vormittag auf das Lohnbüro der Fache Dorstfeld verübt. Ein Mann drang in das Büro ein, zog dem anwesenden Beamten eine Flasche Benzol ins Gesicht und erzwang mit der Waffe, die die gesamte Lohnsumme enthielt, die flucht. Als Bergarbeiter seine Verfolgung aufnahmen, gab der Räuber mehrere Schüsse ab. Der Bergmann Gieselmann wurde dabei getötet, ein anderer schwer verletzt. Schließlich konnte der Täter aber festgenommen und das Geld wieder in Sicherheit gebracht werden.

Kindesmord um 1000 Frank. In einem Torle bei Brügge hat ein 15jähriges Kind in der Wohnung eines 1000 Frank Schein gefunden und zerissen. Der Vater geriet darüber in solche Wut, daß er dem Kinde mit einem Beil beide Hände abschlug. Trotz ärztlicher Bemühungen ist das Kind kurz darauf verblutet. Der Vater wurde festgenommen.

Explosion auf der Kopenhagener Kriegswerft. Das Laboratorium der dänischen Küstenartillerie auf der Kriegswerft in Kopenhagen stieg in einer der letzten Nächte in die Luft. Ähnlich wurde erklärt, daß es sich um eine Explosion von Signalraketen und Leuchtkegeln handelte, das Gerücht will aber wissen, daß in dem Laboratorium Versuche zur Herstellung neuer Nebelbomben stattgefunden hätten. Dabei sei es während der Nacht zur Selbstentzündung chemischer Stoffe gekommen.

Rosenmontag am Rhein. Zum ersten Mal nach 13 Jahren wurde im Rheinland der Rosenmontag wieder festlich und ohne alle Einschränkungen begangen. Mainz und Köln haben die berühmten Rosenmontagszüge, zu denen ungeheure Fremdenmassen herbeigeströmt waren. In Mainz trafen im Laufe des Vormittags nicht weniger als 69 Prozüge ein. Auch in Köln war die Zahl der eingetroffenen Sonder- und Verstärkungszüge sehr groß und der Verkehr in den Hauptstraßen nahm einen ungeheuren Umfang an. Von 10 Uhr ab hatten alle Geschäftshäuser, Fabriken und Läden geschlossen. Die Fenster der Straßen, durch die sich die Züge bewegten, waren dicht belagert, die besten Plätze wurden mit 100 und mehr Mark bezahlt. Das öffentliche Maskentreiben ist zwar offiziell verboten, dennoch trieben sich seit Sonntag zahlreiche Masken in ausgelassenster Fröhlichkeit durch die Stadt. Der Kölner Rosenmontagszug nannte sich zwar nur „Kappensahrt“. Er zählte aber nicht weniger als 30 Gruppen mit 25 Wagen, in denen unter dem Motto „Die neue Zeit“ alle politischen und kommunalen Ereignisse der letzten Jahre verankert wurden. Neben dem „falsche Vor“ stellte sich unter dem neuesten Karnevalslokal „Röschke Wöschke sine büte“ die kölnische Jungfrau vor, gefolgt von dem Rheinland-Räufelender. Besonders mitgenommen wurde das Militär aller Zeiten. Auch der Oberbürgermeister, an dem der Zug vor dem Rathaus vorbeizog, bekam mit seinen Vätern sein Teil ab. Selbstverständlich war auch der Kaiser und der Friedensengel vertreten. Den Höhepunkt bildete, wie immer, der Wagen des monarchisch-republikanischen Prinzen Karneval.

Verheerende Wirkung eines Älms. In Coillais wurde ein Schweizer Arbeiter in seinem Zimmer ermordet aufgefunden. Die Hände waren auf dem Rücken gefesselt. Die Polizei ermittelte als Mörder einen 15jährigen Jungen, der erklärte, den Mord begangen zu haben, um eine Szene nachzuahmen, die er im Kino gesehen hatte.

Wenn dich die bösen Vuben loden... Zwei junge Lehrlinge hatten in Kopenhagen zwei ebenso junge Mädchen, von denen die eine erst 15 1/2 Jahre alt war, zu bewegen gewußt, auf das Zimmer des einen Jungen mitzukommen. Die Mädchen hatten den Mädchen Lote versprochen, und dieser Lockung haben sie nicht widerstanden. Als die beiden Mädchen schlafen mußten, daß keine Lote vorhanden war, wollten sie schleunigst wieder verschwinden. Da griff der eine zu einer Pistole, um die Mädchen durch Drohungen zum Bleiben zu veranlassen. Dabei ging jedoch ein Schuß los und traf die 15jährige so unglücklich in das Antlitz, daß sie wahrscheinlich zeitweilig ein Krüppel bleiben wird.

# Volkswirtschaft.

## Auf dem Wege zu einem europäischen Chemietariff.

In kurzem Abstand nach der Gründung des europäischen Großtariffs, der im Herbst vergangenen Jahres durch Zusammenschluß von vier englischen Konzernen zustande kam, steht jetzt die Schaffung einer gewaltigen Monopolorganisation für die chemische Industrie in Frankreich bevor.

Die chemische Industrie Frankreichs ist bereits hochgradig vertrustet. Die Produktion befindet sich in den Händen einiger Großkonzerne, darunter die beiden größten Konzerne von St. Gobin und Ruhmann. Ersterer verfügt über ein Aktienkapital von 205 Millionen Franken, besitzt 24 Werke und ist außerdem an zwei großen Luftstickstoffwerken und sechs Glasfabriken beteiligt. Der Ruhmann-Konzern, der erst kürzlich in der Schweiz eine große Anleihe für die Fabrikation von Stickstoff und anderen künstlichen Düngemitteln aufnahm, hat ein Aktienkapital von 180 Millionen Franken und verfügt über 20 Werke mit den modernsten Einrichtungen. Sein Tätigkeitsgebiet umfaßt die gesamte chemische Industrie. Nach dem „Manchester Guardian Commercial“ sollen außerdem noch sechs Konzerne der chemischen Industrie, darunter auch die Societe des Potasses d'Alsace, der Vertragspartner des deutschen Kali-Syndikats im Weltkali-Monopol, dem Großtariff angeschlossen werden.

Nun sind die verschiedenen Konzerne Hersteller der mannigfaltigsten chemischen Produkte, deren Abgab bisher noch nicht geregelt war. In jüngster Zeit begann bereits eine Kartellierung für die einzelnen Produkte. So wurden unter Teilnahme der Großkonzerne Kartelle für Farben und Arzneimittel gegründet, während die Schaffung eines Kartells für Brennstoff erst kürzlich in die Wege geleitet wurde. Der Hauptzweck sowohl dieser Kartelle wie auch der geplanten Vertrustung ist eine internationale Vereinbarungen zur Abgaberegulierung mit der deutschen J. G. Farbenindustrie und dem englischen Chemierust. Auch die französische chemische Industrie ist seit dem Krieg für die meisten Produkte zu einer Ausfuhrindustrie geworden, vor allem für Farbstoffe, wo bekanntlich eine außerordentlich große Ueberproduktion auf dem Weltmarkt herrscht; aber auch für die meisten anderen chemischen Produkte, mit Ausnahme von Benzin und Benzol, wo dank der Entwicklung des Automobils ein noch ein großer Einfuhrbedarf vorhanden ist. Die Erzeugnisse der Kohlenchemie, für die synthetische Herstellung von wichtigen Produkten, Kohleverflüssigung, Stickstoffgewinnung durch Verflüssigung, können auch der chemischen Industrie Frankreichs zugute kommen; aus einer jährlichen Produktion von vier Millionen Tonnen Koks könnte eine Stickstoffmenge hergestellt werden, die das vierfache des gegenwärtigen Inlandsverbrauchs übersteigen würde. Die Betriebe der französischen Chemieindustrie sind ganz modern ausgerüstet, eine Rationalisierung unter weitgehender Ausschaltung der Handarbeit wurde in den letzten Jahren durchgeführt. Große Wasserkräfte tragen zur Verbilligung der Produktion bei. Allerdings beklagt man den Mangel an Facharbeitern.

Angesichts der drohenden Ueberproduktion ist es vom privatrechtlichen Standpunkt verstandlich, daß zur Vermeidung einer Dumpingkonkurrenz auf den ausländischen Märkten eine internationale Vereinbarung zwischen den drei chemischen Trufts Deutschlands, Englands und Frankreichs angestrebt wird. Nach dem „Manchester Guardian Commercial“ war der Mangel an Kartellen und die Tatsache, daß ein jeder Konzern getrennt mit dem deutschen Chemierust verhandelt hat, der Grund dafür, daß zwischen der französischen chemischen Industrie und der deutschen J. G. bisher keine Vereinbarung zustande kommen konnte. Der Quotenkampf wird demnach wahrscheinlich bald beginnen.

# Karlchen löst Kreuzworträtsel.

Von Karl Etlinger, München.

Ich bin im allgemeinen ein friedlicher Mensch, frümme keiner Glabe ein Haar, aber das eine sage ich, wenn ich den Merl erwische, der das Kreuzworträtsel erfunden hat, dann — läuft einer von uns beiden davon!

Früher, wenn man ins Wirtshaus kam, wie gemächlich unerbietet man sich da! „Griach Gott, Herr Nachbar! Cahn hab i doch schon amal gesehn, san S' nei der Herr Meier? Aber ähnlich schau'n S' cahn!“ — „Ja, schlechte Zeiten san dees!“ — „Ja, i hab an amal an Tadel gehabt, der war so anhänglich, also so anhänglich war der, bis er mir davonglans is, dees Vie!“ So hatte man eine geistige Anregung damals, als die Malefiz-Kreuzworträtsel noch nicht erfunden waren! Aber jetzt: Wenn du in ein Lokal kommst, sitzen sie alle da wie die abgekauten Buddhas, jeder hat die Nasenspitze in ein illustriertes Blatt gesenkt, und wenn dich wirklich einmal einer anredet, sagt er: „Wissen Sie vielleicht eine männliche Eigenschaft mit u in der Mitte?“

Und wenn du dann hilflos antwortest: „Jawohl S t u m p f s i n u!“ dann ist der Mensch womöglich noch beleidigt.

Es ist schon ein Unglück, daß die Sprache aus einzelnen Buchstaben besteht. Und was die Kreuzworträtsel-Baumeister alles von dir verlangen: alle Buchstaben in Asien sollst du kennen, alle Flüsse vom Ganges bis zum Stadtbach, die ganze Nacht launst du am Fenster stehen und nachschauen, wieviel Buchstaben die Planeten haben, alle möglichen Tiere mußt du in deinem Kopfe haben, wissen sollst

du, wie Monokel auf lateinisch heißt, — mir wars gnuu!

Natürlich ist auch die Leni von dieser Zeuche ergriffen. Wo sie nur etwas Bierediges sieht, fesselt sie im Geist einen Buchstaben hinein! Reulich wollte ich ihr das Schachspielen beibringen, eine Stunde lang hab' ich ihr die Gangart der einzelnen Figuren erklärt, und wie ich mit meinem Vortrag fertig war, fuhr sie mit dem Finger über einige Felder des Schachbretts und sagte: „Kafabu past nicht!“

Gestern wollte ich sie zum Theater abholen, in den „Tell“. — Wie ich hinkomme, sitzt sie vor einem Kreuzworträtsel und flücht: „Gleich, mir fehlen nur noch wenige Worte! Weißt du einen ungeraischen Staatsmann?“

„Sunyhado Janos!“ sagte ich unwillig. „Im übrigen wollen wir uns heute abend mit der Schweiz, nicht mit Ungarn beschäftigen!“

Die Leni sah mich gereizt an und sagte: „Ich habe „g l e i c h“ gesagt!“

Ich seufzte, denn ich weiß, wenn ein weibliches Wesen „gleich“ sagt, dann ist dies eine Gleichung mit einer Unbekannten. Es gibt nur einen Zeitbegriff, der noch länger dauert als „gleich“ und das ist „sopori“.

Der Tell geht bekanntlich mit den Worten an: „Es lächelt der See“, und dann kommt gleich ein Gewitter, und ich dachte mir: so ähnlich wird es sich hier auch ereignen.

Die Leni verschob den ungarischen Staatsmann einwärts, bis sich einige Buchstaben in seinem Kreuz von selbst ergeben würden, und wandte sich einer anderen Zahl zu: „Ein Abschiedsgruß! Bitte, strenge dein bissel Gehirn etwas an!“

„Ein Abschiedsgruß?“ — Gut — Halt, ich

bab's: „D r u d i!“ — „Wenn du Dummeiten machst, werden wir überhaupt nicht fertig!“

„Meiner Schätzung nach werden wir ungefähr rechtzeitig zu Attinghausens Beerdigung kommen!“

„Drei Buchstaben muh er haben!“

„Der Attinghausen? Dann heißt er L e o!“

„Quatschtopf!“

Aha, der See hatte schon aufgehört zu lächeln! Vielleicht hatte jemand ein Kreuzworträtsel hineingeschmissen?

„Eine Oper von Verdi!“ befahl die Leni.

„Mit wieviel Buchstaben?“

„Mit vier!“

„Das ist eine sehr kurze Oper. Da braucht man sich wenigstens kein Textbuch zu kaufen!“

Diesmal erriet es die Leni selbst: Aida. Wenn man den Kreuzworträtsel trauen darf, hat Verdi überhaupt nur zwei Opern geschrieben: „Aida“ und „Ernani“. Die übrigen Werke von Verdi eignen sich nicht zum Kreuzen und werden sich deshalb nicht halten. Wenigstens sicher nicht so, wie der „Ur“ und die Nibelungenfigur „Ite“.

Die nächsten Ziffern schienen keine Schwierigkeiten zu bieten, und die Leni stopfte mühelos ein Quadratmeter mit „Mei“, „Ger“ und „Eibe“ aus. Es ist schon gemeingefährlich, wie Kreuzworträtsel-Architekten mit dem „Ger“ herumzuschleudern, und der Massenkonsum an „Mei“ ist direkt bedächtigend! Ich bin dafür, die Prohibition für Kreuzworträtsel einzuführen.

Ich sah der Leni zu und dachte: „Hoffentlich verfehlt der Tell heute den Apfel erst ein paar Mal, sonst verläumen wir die wichtigste Szene!“

„Ein Teil des Gesichtes! Zweiter Buchstabe a!“

„Anderleicht! W a t s c h!“

„Beinache hätte ich eine gehabt! Aber ich zog

mich rechtzeitig zurück. Und das Examen ging weiter: „Ein Fluß in Afrika mit vier Buchstaben!“

„Nill!“ sagte ich. „Er schreibt sich sonst nur mit drei Buchstaben, aber vielleicht ist er gerade überflutet!“

„Rindvieh!“

„Rindvieh ist kein Haustier und kein Fluß, liebe Leni! Uebrigens, da fehlt ja auch ein Haustier, sehe ich gerade. Ein weibliches Haustier! Hast du es?“

„Rein!“

„Aber ich! Die Wanz!“

Die Leni würdigte mich überhaupt keines Blickes mehr.

Ich sprach mir in Gedanken den Tell-Monolog vor: „Ich lebte still und harmlos im Gebirge“, — nun ja, damals gab es eben noch keine Kreuzworträtsel!

Jetzt fehlte nur noch eine nahe Verwandte, dann mußte sich der ungarische Staatsmann von selbst ergeben.

„Eine nahe Verwandte! Mit u dein!“

Ich hätte natürlich „Mutter“ sagen können, aber ich hatte „Schwau!“ und nun ergab sich der ungarische Staatsmann endlich. Nach unserer Lösung mußte er „M z b l r f“ heißen.

„Gut“, bemerkte ich, „er scheint tschechischer Abstammung zu sein! Wylbr? Jetzt erinnere ich mich: seine Frau hieß Frau Wylbr, geborene Gntzl, geschiedene Enkbl! Und jetzt laß uns endlich in den Tell gehen!“

Wir kamen zu spät. Obwohl die Leni „gleich“ gesagt hatte! Wäre der Tell ein Weib gewesen und hätte vor dem Anlegen auf den Apfel „gleich“ gesagt, dann wären wir noch rechtzeitig zur Apfelschußzene eingetroffen.

### Gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund veranstaltet diesen Monat eine gewerkschaftliche Internationalschule, die am 19. März beginnen und etwa 14 Tage dauern wird. Die Schülerzahl wurde mit 40 festgelegt. Im Schulprogramm sind sechs Lehrgegenstände aufgenommen worden und zwar:

1. Zweck, Praxis und Theorie der Arbeiterbildung.
2. Die Stellung der Arbeiter und Angestellten im Produktionsprozeß.
3. Das Wesen der freien Gewerkschaften (Geschichte, Grundzüge und Praxis).
4. Die Bedeutung der Sozialpolitik.
5. Was muß der freie Gewerkschaftler von der Volkswirtschaft wissen?
6. Die Betriebsauschüsse. (Bedeutung, Aufgaben und Rechtsprechung).

Als Lehrer wurden eine Reihe von Fachmännern des Aus- und Inlandes verpflichtet. Im Anschluß an diese Internationalschule wird eine solche des Internationalen Metallarbeiterverbandes durchgeführt. Außer diesen beiden Internationalschulen sind gegenwärtig Tausende von Vertrauensmännern in Kursen im Gange, die in den einzelnen Kreisgewerkschaftskommissionen in Entsprechung der Beschlüsse der Verbandsoberkonferenz vom 9. November in Bodenbach organisiert worden sind. Neben der Beteiligung an diesen Vertrauensmännerkursen gibt wohl am besten Aufschluß die eine Tatsache, daß bisher von den Lehrbeisetzern, die in Form von Vortragsanleitungen von der Zentralgewerkschaftskommission herausgegeben worden sind, schon die dritte Auflage mit insgesamt 3500 Stück von jedem einzelnen Beheft vergriffen ist. Wir können also annehmen, daß ebensoviele Genossen und Genossinnen diese Vertrauensmännerkurse, deren jeder fünf Vorträge umfaßt, besuchen.

Eine bezeichnende Heldentat einer hakenkreuzlerischen Gewerkschaft. Mittwoch, den 1. März fanden die Wahlen in den Betriebsausschuß der Tabakfabrik in Landskron statt. Es standen sich im Kampfe die freigewerkschaftliche Arbeiterpartei und die hakenkreuzlerische Partei. Die Christlichsozialen, die auch eine Schwingenbewegung unterhalten, haben es nicht gewagt, eine Kandidatenliste einzubringen. Die hakenkreuzlerischen haben nun zur Unterstützung ihres Kampfes Flugblätter verfertigen lassen. Natürlich ziehen sie darin gegen die Sozialdemokraten zu Felde. Das Schöne aber ist, daß sie erst ein Flugblatt drucken ließen, in welchem sie auch die Christlichsozialen ebenso schwer beschimpften wie die Sozialdemokraten. Erst als sie sahen, daß diese keine Kandidatenliste einbringen, ließen sie ein neues Flugblatt drucken, aus dem die Beschimpfungen gegen die Schwarzen reißlos gestrichen wurden. Aber es wurde noch mehr geschrieben. Im ersten Flugblatt lautet ein Absatz:

Die „deutsche Gewerkschaft“ ist mit aller Energie gegen das Jolkgeß und die Verelendung der Arbeiterkraft in den Kampf getreten. Sie ist stets für ein menschenwürdiges Dasein, für die Besserstellung der Tabakarbeiterkraft vor allem jederzeit eingetreten.

Dieser Absatz steht im zweiten Flugblatt. Die hakenkreuzlerischen haben es also nicht gewagt, mit einer Lüge vor die Tabakarbeiterkraft zu treten, wobei dies der einzige Absatz im ganzen Flugblatt gewesen ist, der sich positiv mit einer wirtschaftlichen Sache der Arbeiterkraft beschäftigt. Die hakenkreuzlerischen haben damit offen dokumentiert, daß sie nichts gegen das Jolkgeß unternommen haben, daß sie nicht gegen die Verelendung der Arbeiterkraft in den Kampf getreten und daß sie für kein menschenwürdiges Dasein und für die Besserstellung der Tabakarbeiterkraft eingetreten sind und das ist

wahr. Aus hakenkreuzlerischen, der hier, vielleicht das erstmalig, wahr redet, hat es die Arbeiterkraft vernommen, daß die hakenkreuzlerischen Demagogie sind.

**Marktpreise für die Verrechnung des Getreides der landwirtschaftlichen Arbeiterkraft Böhmens im März 1927.** Vom Landesarbeitsamt in Prag wird amtlich veröffentlicht: Die Durchschnittspreise auf der Prager Produktionsbörse im Monate Februar 1927 betragen beim Weizen 244 Kronen, beim Korn 219,50 Kronen, bei der Gerste 174 Kronen. Im Sinne des Paragraph 7, III., 2. Abs., der „Richtlinien“ sind diese Preise als maßgebend für den Monat März 1927 für die Verrechnung des Vertragsgetreides beim Abverkauf oder Returieren derselben zu betrachten, sofern der Marktpreis als Grundlage dient. Der Vorstand: Koninck m. p.

### Devilenturle.

Prager Kurse am 2. März.

	Gold	Ware
100 holländische Gulden . . . . .	1849,50	1355,70
100 Reichsmark . . . . .	768,15	802,15
100 Belas . . . . .	468,62 1/2	471,62 1/2
100 Schweizer Franks . . . . .	648,50	651,50
1 Pfund Sterling . . . . .	163,22 1/2	164,42 1/2
100 Lire . . . . .	147,42 1/2	148,82 1/2
1 Dollar . . . . .	33,61 1/2	33,91 1/2
100 französische Franks . . . . .	131,75	132,95
100 Dinar . . . . .	59,18	59,68
100 Pengos . . . . .	589,75	592,75
100 polnische Bloth . . . . .	876, —	379, —
100 Schilling . . . . .	474,87 1/2	477,87 1/2

### Literatur.

Schönheitskunstkalender 1927.

Verlag der Schönheit, Dresden-N., Heitnerstr. 4, in der C. S. A. vertreten durch: Rudolf Walauch, Tiffa-Kehhof bei Bodenbach.

Ein trauriger Jagdgesellschaft fürs Jahr 1927 anfänglich der neuen Wanderung um unsere Allmutter Sonne stellt sich jetzt zum dritten Male wieder ein in dem bewährten, großen Format von 23x28 Zentimeter; mit seinem Blätterreichtum und weit über 100 Abbildungen. Dieser Kalender oder Jahrbuch der „Schönheit“ ist wohl der einzige in seiner Art, der die Harmonie von Körper und Geist verkündet, der für Lebenskunde und eine abgeklärte Weltanschauung sich zielbewußt einsetzt. Das höchste Ziel ist ihm der schöne Menschentypus — Griffel, Pinzel, Stift, Meißel und Kamera sind ihm recht, um das hohe Weib über die Krone der Schöpfung anzuspinnen. Abstrahierend, ansehnend u. behäuflicher Sinnesfreude dienen die zahlreichen Aphorismen, Gedichte, Aussprüche hervorragender Denker und Vorkämpfer für die große Körperkulturbewegung. Ein solcher würdiger Vertreter unter den Jagdwildern ist der Beweis für das Zeitalter der Körperkultur und dabei ist es leider nur der einzige, der wirklich den gesunden Geist der Naturbewegung in reiner, schöner klassischer Form atmet und verbreiten hilft. Der sorgfältige Ton- und Bilddruck verleiht dem rechten Schönheitsgeist. Der Ausstattung entsprechend ist der Preis von 3,50 Mark als sehr mäßig zu bezeichnen. Und eigenartig, daß dieser erfolgreichste Kalender der letzten Jahre damit bestätigt, daß alle jene, die die Erkenntnisse der Biologie, des lebenskundlichen Denkens in ihre Wissenschaft einleiten und nutzbar machen, ungeahnte Erfolge geistlich haben! Unsere Arbeiter-Turner und Sportler und alle an wirklicher Reformarbeit interessierten Genossen überhaupt, erhalten — wie wir hören — den Schönheitskunstkalender unter Verzungung auf diese Zeilen postfrei, zum Vorzugspreise von 20 K zugestellt. Anforderungen richtet man an den inländischen Vertreter des Verlages.

Und sie, die sich zu freuen, an der Brust der Geliebten einige kurze Minuten ungestört ruhen zu dürfen, in den Tanzsaal eilen, machen Geschick, als hätten sie ihr Leben verlernt, als seien sie gezwungen, die schwerste Aufgabe ihres Lebens zu lösen. Und nennen doch diesen Zwang Vergnügen.

Aber ein Vergnügen ist es nur für die Bauhaus und Spieker, denen die Unbeholfenheit, mit der die Burken und Madel mit ihren von der Arbeit seihen Gliedern all die grotesken Bewegungen und Verrenkungen, die das Wesen dieses Tanzes ausmachen, nachzumachen versuchen, ein billiges Schauspiel ist.

Und daß ich, wie sie, gelacht habe mit mir wehe.

Aber auch, daß diese Armen, denen das Leben keine Freude und kein Ausruhen gönnt, immer wieder hereinkommen auf jene Gewissenlosen, die versprechen, in einer Stunde ihnen das beizubringen, was die reichen Nichtstuer in langen Tagen erlernten, schmerzt mich. Und daß sie ihr Geld denen geben, die ihren Körper bewußt zur Schau, zum Gespött der anderen formen, und dabei vielleicht nicht einmal wissen, daß sie die eigene Arme schwächen für den großen Kampf, der uns bevorsteht; denn all die kleinen Mädchen in den Geschäften und die Jünglinge in den Kneipen und Fabriken sollten Kämpfer sein für eine neue Welt, für eine neue Gesellschaft.

Aber man hat ihnen gesagt, es sei wichtiger, Charleiton zu lernen. Und so ließen sie ihre Freude und ihr Jungsein, verrieten ihren Willen zum Kampf, um mit todernsten Geschickern, auf denen der Schwitz perlt, sich mühsam durch das dicke Gewoge der gliederverrenkenden Alergeuossen zu schweben.

Draußen aber steht die Arme und wartet auf die, die sie braucht, um in den kommenden Kämpfen Sieger zu sein. Egri.

## Gerichtssaal.

### Ein Erpreßer.

Prag, 2. März 1927. Vor dem Dreirichterlichen Landesstrafgericht Prag II unter dem Vorsitz des ODR. Plouček stand heute Josef Göb, Inhaber einer Steuerrevisionskanzlei, wegen des Verbrechens der Erpressung unter Anklage. Derselbe hatte im Oktober 1926 ein Inserat in der „Károlyi Politika“ eingeschaltet, daß ein Fabrikant einen Fachmann und Berater in Steuerangelegenheiten suche. Auf das Inserat hatte sich ein Beamter des Steueramtes Smichow, Vladimir D., gemeldet. Göb antwortete ihm, daß er wisse, daß es den Steuerbeamten verboten sei, Steuerberatungen privat zu erteilen und daß er gegen ihn auf Grund seines Offertes zunächst die Anzeige an das Finanzministerium machen werde, dann werde er den Beamten wegen Verdienstentzuges noch obendrein klagen, schließlich erische er den Beamten zwecks Aussprache in dieser Angelegenheit zu besuchen. Der Beamte ging geängstigt und eingeschüchert zu Göb, der ihm erzählte, er hätte 5000 K von einem anderen Beamten bekommen, weil er sich verpflichtet hatte, über die private Tätigkeit des betreffenden Beamten zu schweigen, wenn er sein Offert zurückhaben wolle, müsse er ihm alle Beamten des Steueramtes Smichow namhaft machen, die Privatfirmen Steuerberatungen erteilen, dann wolle er schweigen. Der Beamte hatte Angst, daß gegen ihn eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet werden würde, deshalb willfahrte er dem Wunsche dieses Erpreßers, der nun ähnliche Briefe an die übrigen Beamten des Steueramtes richtete. Es wurde nun gegen Göb endlich die Anzeige wegen des Verbrechens lt. § 98 b und § 100 des St.-G.-B. (Erpressung) erstattet. Göb verteidigte sich, daß die „Konkurrenz“ der Steuerbeamten ihn geschäftlich geschädigt haben und er deshalb das fingierte Inserat eingeschaltet habe. Er gab zu, den Beamten Vladimir D., gegen den heute eine Disziplinaruntersuchung beim Finanzministerium im Gange ist, unter der Drohung, sein Offert den Behörden zu senden, zur Namhaftmachung der Kollegen gezwungen zu haben. Der Gerichtshof erkannte Göb im Sinne der Anklage für schuldig und verurteilte ihn zu drei Monaten schweren Kerkers unbedingt, weil Göb bereits vorbestraft ist. Seine Verteidigung hatte ex offio Dr. Angelo Goldstein übernommen.

### Herr Dlouhy war einmal „lustig“.

Prag, 1. März 1927. Herr Dlouhy ist alle Jahre bei gewissen Anlässen etwas „lustig“. Diese Freude äußert sich dann bei ihm im Vertilgen von ein paar Bierchen. Das letzte Mal waren es bloß 28 auf „einen Zih“. Danach wurde er noch lustiger. Diese Lustigkeit äußerte sich dann darin, daß er im Bierhaus, in dem er saß, alle Gäste mit dem beworf, was ihm unter die Hände kam. Diesmal waren es einige Biergläser. Was kann Herr Dlouhy dafür, daß gerade damals am Tische ein paar leere Biergläser standen? Wären dort ein paar Stüd Butter gelegen, Herr Dlouhy beschwört er, er stände heute nicht wegen schwerer Körperverletzung vor Gericht, weil Butter weicher ist als Biergläser. Herr Dlouhy gab zu, er habe vielleicht geworfen, er könne sich jedoch nicht mehr erinnern, wie er damals ausgefallen habe, weil, nun — weil er 28 Biere im Sekde hatte! Der Polizeikommissar bestätigte es dem Herrn Dlouhy gerne, daß er ein notorischer Saufbold sei. ODR. Wrazel sprach ihn von dem Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit frei, verurteilte ihn dagegen wegen einer Uebertretung durch Trunkenheit zu einem Monat Arrest, wobei ihm die Unterjuchungshaft eingerechnet wurde. Den Angeklagten verteidigte Dr. Mellan, St. A. war Dr. Prokes.

## Der Film.

**Metropolis**, der neueste Ufa-Großfilm, wird natürlich auch in Amerika herausgebracht. Mit der amerikanischen Bearbeitung des Filmes wurde der Kritiker und Dramatiker Channing Pollock betraut, der für diese Arbeit das anschließende Honorar von 20.000 Dollar erhält. Inzwischen ist, daß Pollock an der Prager Technischen Hochschule studiert hat.

**Harry Linder**, Englands größter Varietékünstler, wird sich jetzt auch als Filmschauspieler betätigen.

**Filmhefte**. In der Nürnberger Zeitung erschien folgende Notiz: Amberg, 30. Jänner. (Lesefreudiger Protest). Das sach. Aktionskomitee Ambergs hat in seiner letzten Sitzung einstimmig öffentlichen Protest gegen die Filmaufführung „Woge zu Kraft und Schönheit“ beschlossen. Sämtliche Katholiken Ambergs werden ersucht, diesem Filme fernzubleiben; auch die Leiter der Schulen sollen keine Erlaubnis zum Besuch durch die Schüler geben. Die Geschäftsleute werden gebeten, in Zukunft ihre Schaufenster nicht mehr zur Ausstellung von Indiriaten zu gebrauchen, auch dann nicht, wenn sie unter der Fänge der Kunst stehen, da grundsätzlich solche Geschäfte von der katholischen Welt gemieden werden müssen. Der Berliner „Film-Kurier“, gewiß ein absolut parteiloses Fachblatt, schlägt vor, gegen diesen famolen „Beischluß“ peremptorisch vorzugehen, und zwar sowohl gegen das Aktionskomitee als auch gegen die Zeitung, die diesen öffentlichen Protest brachte, welchem Vorschlag wir uns vollinhaltlich anschließen müssen. Oder sollte vielleicht das Geseß gegen Schmutz und Schand . . .? Man wagt gar nicht auszusprechen . . .

**Die Filmzensur in New York**. In New York ist keine Zensur-Kommission mehr, sondern die Aufsicht über die vorgeführten Filme ist der Schulbehörde übertragen worden. Nun wird ein Gesetzesvorschlag eingebracht, diese Zensur abzuschaffen, da für die Filmzensur ebenso wenig Grund bestehe wie

für die Zensur der Theaterzensur. Es besteht Aussicht, daß dieses Geseß angenommen wird. Und wir?

**Der Napoleon-Film**, der in Frankreich in der Dauer von zwei vollen Jahren vom Regisseur Abel Gance inszeniert wurde, wird am 6. April in der Pariser Großen Oper seine Uraufführung haben. Es wird erst der dritte in der Pariser Großen Oper zur Aufführung gelangte Film sein: „Das Wunder der Wölfe“ und „Salambó“ waren bisher die einzigen Filme, die dieser Ehre für wert gehalten wurden.

**Der Kohlenberg**, der bekannte Roman von Hermann Sudermann, der schon einmal vor Jahren verfilmt worden ist, wird nun von Gerhard Lamprecht neuerlich auf die Leinwand gebracht werden. Für die weibliche Hauptrolle wurde Lilli Arno gewonnen.

**Die Verjüngungsoperation im Film**. Die von dem in Paris lebenden russischen Professor W. Konoff erfundene Verjüngung des alternden Mannes durch Einpflanzung von Affendrüsen, die angeblich häufig mit großem Erfolg vorgenommen worden ist, wurde kürzlich zum ersten Male in Berlin aufgeführt. Diese für die Geschichte der Medizin immerhin denkwürdige Operation, die ein bekannter Berliner Chirurg und Sexualforscher vornahm, ist von der Abteilung der Ufa für Biologie und Medizin in allen Einzelheiten im Film festgehalten worden. Die Hochwelt kann hier sowohl die Entfernung der Geschlechtsdrüsen des Affen als auch ihre Einpflanzung in den menschlichen Patienten genau verfolgen und daraus einen wertvollen Einblick in die Methoden des vielumstrittenen Verjüngungsproblems gewinnen.

## Kunst und Wissen.

**Die Beethoven-Fest in Paris**. Beethovens „Missa Solennis“ wird Donnerstag, 17. ds., im Dom von Notre Dame zu Gehör gebracht werden. Die Musik stellt das Orchester Colonne unter der Leitung von Gabriel Pierat. Unter den Sängern wird die Primadonna der Oper, Madame Ritter-Campi, sein. Vor und nach der Messe spielt Widor auf der großen Orgel von Notre Dame Werke von Johann Sebastian Bach.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters**. Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Garten Eden“. Freitag (96-4), 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. Samstag (97-1), 7 Uhr: „Das Schwalbennest“. Sonntag, 11 Uhr: Deutscher Singsverein; 2 1/2 Uhr nachm. Arbeiter-Vorstellung: „Der irrbrochene Krug“, „Lartuffe“; 7 Uhr: „Rosentavalier“. Montag (98-2), 7 Uhr: „Die Fledermaus“.

**Spielplan der Kleinen Bühne**. Donnerstag: „Spiel im Schlaf“. Freitag: „Dover-Calais“. Samstag: „Loni“. Sonntag, 3 Uhr: „Dskar, laß dich nicht verführen“; 7 1/2 Uhr: „Loni“. Montag: „Dover-Calais“.

## Bereinsnachrichten.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“**. 6. März: Jbroslab-Johanan. Zusammenkunft Endstation der 17er Gestriften in Branik, 8 Uhr. Führer: Jechner. 4504

## Turnen und Sport.

**Eine große Werbe-Spielveranstaltung am 21. und 22. Mai in B.-Leipa**.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband wird uns mitgeteilt: Vertreter des Leipziger, Bodenbacher und Kuffiger Bezirkes haben in einer gemeinsamen Besprechung, die am 25. Februar in der Volkshalle in Bodenbach stattfand, Beschlüsse zur Durchführung einer großangelegten Werbe-Spielveranstaltung gefaßt. Als Ort wurde B.-Leipa gewählt, wo mehrere vortreffliche Plätze zur Verfügung stehen. Zur Beteiligung sind verpflichtet die Mannschaften des Rumburger, Leipziger, Bodenbacher und Kuffiger Bezirkes. Die Veranstaltung steht auch Mannschaften anderer Bezirke offen. Für die Mannschaften, die bereits Samstag nachmittags in B.-Leipa einreisen können, beginnen die Wettspiele um 3 Uhr nachmittags, Samstag abends findet ein Turners statt, an dem sich auch auswärtige Turner und Sportler beteiligen können.

Alle Mannschaften, die an dem Werbespiel teilnehmen wollen, haben sich bis 1. Mai bei Eg. Otto Dude, B.-Leipa, III., Große Gasse 1052, zu melden. Für die beteiligten Bezirke gilt am 21. und 22. Mai Spielverbot.

## Bereitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch  
Verantwortlicher Redakteur Dr. Emil Strauß  
Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag.  
Für den Druck verantwortlich: D. Solik.

## DRUCK- U. VERLAGSANSTALT

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsblättern, Einladungen, Plakaten, Plauschriften, Fakturen, Briefkopieren usw. in solider und rascher Ausführung, Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHONAU  
TISCHLERGASSE NR. 6

## Charleiton.

Gestern war ich in einem Tanzlokal. Es war ganz nett da. Zwar noch es stank nach Tabak und Schweiß dort, aber das wußte ich ja vorher. Ich wollte aber doch so gern mal Charleiton sehen. Nun habe ich ihn gesehen. Und als ich sah, daß die anderen, die wie ich nur zum Zusehen gekommen waren, lachten, lachte ich auch. Es war wirklich sehr lustig und soviel Berrücktheit hatte ich lange nicht gesehen.

Nachher jedoch, als ich nach Hause ging, habe ich mich geschämt; denn es waren meine Klassen-genossen, die ich belachte. Die kleinen Madel, die Woche um Woche ihre ganze Jugend hindurch hinter dem Ledentisch stehen, und die Burken, die den Herren die Bücher führen und ihre Arbeit machen. Und all die Ausgeborenen, denen nicht helfen zu können, so bitter wehe tut.

Und die nun in ihrem Hunger nach Freude jede freie Minute opfern, um Charleiton zu lernen. Diesen Modetanz, von dem man ihnen gesagt hat, daß ihn können muß, wer als ganzer Mensch gelten will. Und er wird doch längst aus der Mode sein, wenn all die, die sich heute an ihm versuchen, ihn können. Denn Charleiton ist eine Kunst. Keine Volkstanz, keine für den Durchschnitt. Ja, oft will es mir erscheinen, als sei er nur für die Auserlesenen erdacht.

Es ist Vogelgeflatter in diesem Tanz und Ausgelassenheit. Es ist Rhythmus und Lebensgefühl in seinen Bewegungen. Aber das sind keine Sachen für die vielen. Noch nicht für die vielen. Die sollten sich mit dem Zusehen begnügen, sollen, wenn sie können, Walzer oder Polka tanzen. Nur nicht Charleiton. Es tut wehe, wenn man Sonntags die Leben kleinen Mädchen sieht, wie sie in billigen Kleidern und den noch billigeren Strümpfen sich quälen, die Beine nach der Tanzvorschrift zu werfen. Nicht nach der Musik, die sie in ihrem Eifer oft gar nicht hören.